

FULL PAPER

Freie Rede auf dem Campus? Einflüsse von politischer Kongruenz und Sanktionsängsten auf die Meinungsfreiheitswahrnehmung und Redebereitschaft deutscher Studierender

Free speech on campus? The impact of political congruence and fear of sanctions on perceptions of freedom of speech and willingness to speak out among German university students

Luna Laufer, Franziska Selzer, Julia Stockwald, Annika Schleithoff, Nathalie L. Neuendorf, Anna-Luisa Sacher & Carsten Reinemann

Luna Laufer (M. A.), Ludwig-Maximilians-Universität München, Institut für Kommunikationswissenschaft und Medienforschung, Oettingenstraße 67, 80538 München, Deutschland.

Franziska Selzer (M. A.), Ludwig-Maximilians-Universität München, Institut für Kommunikationswissenschaft und Medienforschung, Oettingenstraße 67, 80538 München, Deutschland. Kontakt: franziska.selzer@ifkw.lmu.de. ORCID: <https://orcid.org/0009-0009-7572-0989>

Julia Stockwald (M. A.), Ludwig-Maximilians-Universität München, Institut für Kommunikationswissenschaft und Medienforschung, Oettingenstraße 67, 80538 München, Deutschland.

Annika Schleithoff, Deutsche Journalistenschule München, Hultschiner Str. 8, 81677 München, Deutschland.

Nathalie L. Neuendorf (M. A.), Universität Augsburg, Institut für Medien, Wissen und Kommunikation, Universitätsstr. 10, 86159 Augsburg, Deutschland. Kontakt: nathalie.neuendorf@uni-a.de. ORCID: <https://orcid.org/0000-0002-5938-8578>

Anna-Luisa Sacher (M. A.), Ludwig-Maximilians-Universität München, Institut für Kommunikationswissenschaft und Medienforschung, Oettingenstraße 67, 80538 München, Deutschland. Kontakt: anna.sacher@ifkw.lmu.de. ORCID: <https://orcid.org/0000-0002-3386-4310>

Carsten Reinemann (Prof. Dr.), Ludwig-Maximilians-Universität München, Institut für Kommunikationswissenschaft und Medienforschung, Oettingenstraße 67, 80538 München, Deutschland. Kontakt: carsten.reinemann@ifkw.lmu.de. ORCID: <https://orcid.org/0000-0001-9715-8434>



Freie Rede auf dem Campus? Einflüsse von politischer Kongruenz und Sanktionsängsten auf die Meinungsfreiheitswahrnehmung und Redebereitschaft deutscher Studierender

Free speech on campus? The impact of political congruence and fear of sanctions on perceptions of freedom of speech and willingness to speak out among German university students

Luna Laufer, Franziska Selzer, Julia Stockwald, Annika Schleithoff, Nathalie L. Neuendorf, Anna-Luisa Sacher & Carsten Reinemann

Zusammenfassung: Meinungsfreiheit ist nicht nur ein grundlegendes Menschenrecht, sondern bildet auch das Fundament liberaler Demokratien. Jedoch scheint bei einem größer werdenden Teil der Bevölkerung die Besorgnis um dieses Grundrecht zu wachsen – auch an Universitäten, an denen die freie Rede einen ganz besonderen Stellenwert einnimmt. Allerdings fehlt es trotz intensiver Debatten um „Political Correctness“ und „Cancel Culture“ bislang an Studien, die die Wahrnehmungen von Meinungsfreiheit durch Studierende an deutschen Universitäten sowie ihre Beteiligung an kontroversen Diskussionen auf breiter Basis empirisch untersuchen. Vor diesem Hintergrund geht der vorliegende Beitrag erstmals auf breiterer empirischer Basis der Frage nach, (1) wie Studierende die Meinungsfreiheit an deutschen Universitäten wahrnehmen, (2) wie intensiv sie sich an Diskussionen zu kontroversen Themen beteiligen und welche individuellen Merkmale (3) ihre Wahrnehmungen universitärer Meinungsfreiheit und (4) ihre Redebereitschaft in kontroversen Diskussionen beeinflussen. Die Ergebnisse einer quantitativen Online-Befragung einer disziplinär und regional heterogenen Stichprobe von Studierenden an deutschen Universitäten ($N = 897$), erhoben im Sommer 2023, zeigen, dass Studierende ein hohes Maß an Meinungsfreiheit in ihren Lehrveranstaltungen wahrnehmen. Allerdings finden kontroverse Diskussionen eher selten und vor allem in bestimmten Disziplinen statt und nur eine Minderheit von Studierenden beteiligt sich überhaupt daran. Zudem wird deutlich, dass die Wahrnehmung universitärer Meinungsfreiheit durch politische Einstellungen, Ängste vor Sanktionen durch Mitstudierende und Lehrende, aber auch die politische Kongruenz zu Mitstudierenden geprägt wird. Ob sich Studierende an kontroversen Diskussionen beteiligen, wird dagegen eher von politischem Interesse und Einstellungen sowie befürchteten Sanktionen durch Mitstudierende beeinflusst, wenn auch schwach. Mögliche Implikationen und Anknüpfungspunkte für zukünftige Forschung werden diskutiert.

Schlagwörter: Meinungsfreiheit, Universität, Cancel Culture, Schweigespirale, Redebereitschaft

Abstract: Freedom of speech is not only a fundamental human right but also the foundation of liberal democracies. However, there seems to be growing concern about this basic right among an increasing proportion of the population – including at universities, where free speech is of particular importance. However, despite intense debates about ‘political correctness’ and ‘cancel culture’, there is a lack of studies that empirically examine perceptions of freedom of speech and willingness to speak out in classroom discussions among students at German universities. Against this background, this article examines for the first time on a broader empirical basis (1) how students perceive freedom of expression at German universities, (2) how much they participate in discussions on controversial topics and which individual-level characteristics influence (3) their perceptions of freedom of speech and (4) their willingness to speak out in such discussions. The results of a quantitative online survey of a disciplinary and regionally heterogeneous sample of students at German universities ($N = 897$), conducted in summer 2023, show that students generally perceive a high degree of freedom of expression. However, controversial discussions are rare, the frequency of such debates varies between scientific disciplines, and only few students actually participate. Additionally, perception of academic freedom of speech is shaped by political attitudes, fears of sanctions from fellow students and faculty, as well as political alignment with peers. In contrast, whether students engage in controversial discussions is primarily influenced by political interest and political attitudes as well as anticipated sanctions from fellow students, although these influences are relatively weak. Potential implications and avenues for future research are discussed.

Keywords: Freedom of speech, university, cancel culture, spiral of silence, willingness to speak out

1. Einleitung

Seit einigen Jahren findet in Deutschland eine intensive mediale, gesellschaftliche und wissenschaftliche Debatte um den Stand der Meinungsfreiheit statt. Trotz umfassender verfassungsrechtlicher Garantien und eines hohen Maßes an Meinungs- und Wissenschaftsfreiheit, das Deutschland in internationalen Vergleichen attestiert wird (Freedom House, 2023; Kinzelbach et al., 2024), weisen demoskopische Befunde darauf hin, dass in der Bevölkerung zunehmend Einschränkungen der Meinungsfreiheit wahrgenommen werden (Petersen, 2021b; Rothut et al., 2023; Unzicker, 2018). Eine ähnliche Entwicklung zeigt sich in den USA, deren Ursachen nicht geklärt sind (Gibson & Sutherland, 2023). Die Brisanz dieser Befunde liegt in der Annahme, dass subjektive Wahrnehmungen zunehmend eingeschränkter Meinungsfreiheit mit einer tatsächlichen Zurückhaltung individueller Meinungsäußerungen einhergehen, also Indikatoren für eine geringere politische Redebereitschaft (Matthes et al., 2018; Wilnat & Detenber, 2002) bzw. eine stärkere Selbstzensur sind, die eine Gefährdung des demokratischen Diskurses bedeuten können (Bar-Tal, 2017; Gibson & Sutherland, 2023).

Einen wichtigen Bezugspunkt der Debatte bilden die Universitäten (Breuer, 2019; Eppelsheim, 2022; Erich, 2020; Mansour, 2023). Nach den Anschlägen des 7. Oktober 2023 in Israel, dem anschließenden Krieg in Gaza und den daraus folgenden Studierendenprotesten haben Fragen der Meinungs- und Wissenschaftsfreiheit an deutschen Universitäten noch einmal an Brisanz gewonnen (dazu etwa Eikmanns & Çay, 2024; Grimm et al., 2025; Schieritz & Scholz, 2024). Diese

jüngsten Ereignisse und Debatten stehen jedoch nicht im Fokus des vorliegenden Beitrags, da er auf einer Befragung von Studierenden im Sommer 2023 basiert.

In den bisherigen Diskussionen um die Auswirkungen einer vermeintlichen „Cancel Culture“ an Universitäten, die durch „Political Correctness“, „Wokeness“ bzw. ein linkes Meinungsklima dominiert würden (dazu z. B. Kostner, 2022; Özmen, 2021), spielen Befragungen von Lehrenden an deutschen Hochschulen (Petersen, 2020, 2021a) sowie von Studierenden der Universität Frankfurt (Revers & Traunmüller, 2020) eine wichtige Rolle. Während die empirische Befundlage für die Seite der Lehrenden durch zwei ältere (Petersen, 2020, 2021a) und eine aktuelle Studie (ZEIT-Stiftung, 2024) recht breit ist, lag für die Seite der Studierenden lange keine größer angelegte Studie vor. Dies hat sich erst jüngst mit der Studie von Diehl et al. (2025) geändert, die untersucht, wann deutsche Studierende Einschränkungen akademischer Freiheit zustimmen.

Insbesondere vor dem 7. Oktober 2023 standen sich in der Diskussion um Meinungs- bzw. Wissenschaftsfreiheit an deutschen Universitäten zwei Positionen gegenüber: Die eine kritisierte eine Verengung des Meinungskorridors, die vorrangig von links ausginge. So seien im Namen von Gleichstellung und Antidiskriminierung abweichende Meinungen unterdrückt worden, etwa durch Sprachvorgaben, aber auch durch Proteste, Ausladungen oder Absagen von Veranstaltungen (Berman, 2022; Kostner, 2022). Die andere Seite betrachtete solche Vorfälle eher als medial hochgespielte Einzelereignisse. Nicht Einschränkungen des Sagbaren seien das Problem, sondern dass marginalisierte Gruppen auch an Universitäten nach wie vor zu wenig Gehör fänden und Diskriminierungen ausgesetzt seien (Hoppe et al., 2018; Vogel, 2019).

Die Debatte um Meinungsfreiheit gewinnt im Kontext von Universitäten zusätzliche Brisanz, weil sie als Ort des freien Austauschs von Ideen gelten (z. B. Özmen, 2021). Universitäten stellen einen Lern- und Erfahrungsraum dar, in dem auch kontrovers diskutiert werden muss, nicht zuletzt, um Studierende dazu zu befähigen, fundierte Meinungen zu bilden, diese argumentativ zu vertreten und zugleich Toleranz zu üben (Haake, 2021; Revers & Traunmüller, 2020; Zhou & Barbaro, 2023). Wahrgenommene Einschränkungen der Meinungsfreiheit können dabei nicht nur auf Probleme der akademischen Debattenkultur, sondern des demokratischen Diskurses insgesamt hinweisen (Norris, 2023; Rothut et al., 2023). Dennoch liegt in Deutschland bislang keine breitere empirische Studie dazu vor, wie Studierende die Meinungsfreiheit an Universitäten einschätzen.

Vor diesem Hintergrund verfolgt dieser Beitrag das Ziel, zu erkunden, (1) wie Studierende die Meinungsfreiheit an ihren Universitäten wahrnehmen, (2) inwieweit sie sich im Kontext von Lehrveranstaltungen in kontroversen Debatten zu aktuellen Themen einbringen und (3) welche individuellen Merkmale ihre Wahrnehmungen der universitären Meinungsfreiheit sowie (4) ihre Redebereitschaft beeinflussen. Ein besonderes Augenmerk richten wir einerseits auf die möglichen Auswirkungen politischer Kongruenz bzw. Inkongruenz zwischen Studierenden und Mitstudierenden sowie Lehrenden, andererseits auf mögliche Effekte von Sanktionsängsten, also Befürchtungen, von Mitstudierenden und/oder Lehrenden (sozial) sanktioniert zu werden.

2. Meinungsfreiheit an deutschen Universitäten aus Sicht von Studierenden

2.1 Wahrnehmung von Meinungsfreiheit und die Beteiligung an Diskussionen

Meinungsfreiheit ist ein grundlegendes Menschenrecht und stellt eine zentrale Voraussetzung für das Funktionieren moderner Demokratien dar (Garton Ash, 2016; Quiring et al., 2020). In Deutschland ist das Recht auf freie Meinungsäußerung in Art. 5 Abs. 1 GG verankert (Hillgruber, 2016; Quiring et al., 2020), während Art. 5 Abs. 3 GG die Wissenschaftsfreiheit garantiert (Jaster & Keil, 2021). Im universitären Kontext kann beides relevant sein (Haake, 2021), wobei im Fokus dieser Studie außerwissenschaftliche Meinungsäußerungen stehen, die im Rahmen von Lehrveranstaltungen vorkommen.

Über die rechtliche Dimension hinaus kann Meinungsfreiheit auch aus einer gesellschaftlichen Perspektive betrachtet werden (Sacher & Reinemann, 2025). Sie meint dann die Freiheit, nicht durch soziale Normen, Sanktionen oder Strukturen in der Meinungsäußerung eingeschränkt zu werden (Lanius, 2020; Quiring et al., 2020; Sacher & Reinemann, 2025). Im Folgenden wird Meinungsfreiheit aus dieser Perspektive betrachtet und ihre Wahrnehmung – in Anlehnung an Rothut et al. (2023) – als Realitätsvorstellung konzeptualisiert. Der Fokus liegt somit auf der subjektiven Wahrnehmung sozialer Realität und der individuellen Vorstellung vom „moralisch Sagbaren“ (Lanius, 2020; Rothut et al., 2023, S. 55). Wie Meinungsfreiheit wahrgenommen wird, hängt dabei von individuellen Prädispositionen, persönlichen Erfahrungen sowie medial vermittelten Eindrücken ab (Meltzer, 2017, S. 18; Rothut et al., 2023, S. 55). In diesem Beitrag werden die beiden ersten Faktoren beleuchtet.

Über die diesbezügliche Situation an deutschen Universitäten wissen wir allerdings nur sehr wenig. Aktuelle Studien betrachten das Thema vor allem aus Sicht der Lehrenden (Petersen, 2020, 2021a; ZEIT-Stiftung, 2024). Zwar liegen für andere Länder, insbesondere die USA (Knight Foundation & Ipsos, 2022; Naughton et al., 2017; Sachs, 2018; Stevens & Haidt, 2018a; Zhou & Barbaro, 2023) und Großbritannien (Joint Committee on Human Rights, 2018; YouGov, 2018), umfangreiche Untersuchungen zur Wahrnehmung der universitären Meinungsfreiheit durch Studierende vor. Diese lassen sich aufgrund der Unterschiede zwischen Ländern und Universitätssystemen jedoch nur bedingt auf den deutschen Kontext übertragen (Barendt, 2010; Berman, 2022). Tatsächlich gibt es zur Wahrnehmung der Meinungsfreiheit auf dem Campus durch deutsche Studierende nach unserem Wissen bislang nur eine Studie: Revers und Traummüller (2020) untersuchten den „most likely case“ der politisch mehrheitlich linksorientierten Studierenden an der sozialwissenschaftlichen Fakultät der Universität in Frankfurt. Trotz der von den Autoren von vornherein selbst eingeräumten Einschränkungen (u. a. politische Verzerrung der Stichprobe, geringe Rücklaufquote, Positionalität der Forschenden; vgl. Meier, 2021; Traummüller & Revers, 2021; Villa et al., 2021) ist die Studie ein wichtiger Ansatzpunkt für den vorliegenden Beitrag, da sie sich ebenfalls auf den Kontext von Lehrveranstaltungen konzentriert. So gab die Mehrheit (66 %) der Studierenden an, sich (eher oder völlig) wohlfühlen, die Meinung zu kontroversen politischen Themen in Seminardiskussionen zu äußern.

Allerdings fühlte sich auch ein Drittel (eher oder völlig) gehemmt (35 %) bzw. war (mäßig oder stark) besorgt darüber, von Mitstudierenden oder Dozierenden kritisiert zu werden (31 %), wenn sie sich äußerten. Die Autoren sehen Hinweise dafür, dass an der untersuchten Fakultät ein Konformitätsdruck herrscht, durch den Studierende sich in ihrer Meinungsäußerung gehemmt fühlen. Da bislang aber keine Befunde zur Wahrnehmung der Meinungsfreiheit an deutschen Universitäten über verschiedene Bundesländer, Universitäten und Fächer hinweg vorliegen, formulieren wir folgende erste Forschungsfrage:

FF1: Wie nehmen deutsche Studierende die Meinungsfreiheit an ihren Universitäten wahr?

Bei Revers & Traunmüller (2020) – und unserem Eindruck nach auch in der öffentlichen Debatte – stehen immer wieder bestimmte Fächergruppen im Fokus (vor allem Geistes- und Sozialwissenschaften). Angesichts der zum Teil deutlich unterschiedlichen studentischen Fachkulturen (z. B. Armingeon, 2001; Eßer, 2023), untersuchen wir außerdem, ob es Unterschiede in der Wahrnehmung der Meinungsfreiheit zwischen Studierenden unterschiedlicher Disziplinen gibt. Wir formulieren deshalb als zweite Forschungsfrage:

FF2: Wie unterscheiden sich deutsche Studierende unterschiedlicher Fächergruppen in ihrer Wahrnehmung der Meinungsfreiheit an ihren Universitäten?

Darüber hinaus liegen unserer Kenntnis nach bislang auch keine Befunde dazu vor, wie häufig in den Lehrveranstaltungen an deutschen Universitäten überhaupt über aktuelle kontroverse Themen diskutiert wird und wie intensiv sich Studierende an solchen Debatten beteiligen. Angesichts des oftmals formulierten Anspruchs an Universitäten, Orte der Kontroverse und des freien Worts zu sein, ist dies einigermaßen überraschend. Zudem erscheinen uns Erkenntnisse hierzu wichtig, um Befunde zur Wahrnehmung der Meinungsfreiheit einordnen zu können. Die individuelle Beteiligung an kontroversen Diskussionen wird in der vorliegenden Studie als Redebereitschaft definiert. Wir formulieren deshalb als dritte Forschungsfrage:

FF3: Wie häufig wird in Lehrveranstaltungen an deutschen Universitäten über kontroverse aktuelle Themen diskutiert und wie häufig beteiligen sich Studierende daran?

Die Konzentration auf Lehrveranstaltungen stellt insofern eine Einschränkung dar, als dass Ereignisse und Situationen unberücksichtigt bleiben, die durchaus einen Einfluss auf den Eindruck von studentischer Meinungsfreiheit ausüben könnten (z. B. Diskussionsveranstaltungen, Diskussionen außerhalb von Kursen, Debatten in studentischen Gremien). Allerdings stellen Lehrveranstaltungen für viele Studierende vermutlich den zentralen Teil ihres Studiums dar, sodass sie zu diesen am ehesten Auskunft geben können. Außerdem geht es uns um einen Eindruck von der alltäglichen akademischen Diskurskultur, weniger um spektakuläre Ereignisse. Wir erwarten dabei auch Unterschiede zwischen Disziplinen, weshalb wir eine weitere Forschungsfrage formulieren:

FF4: Wie unterscheiden sich verschiedene Fächergruppen in der Häufigkeit der Diskussion kontroverser aktueller Themen und der Redebereitschaft der Studierenden?

2.2 Einflüsse von politischer Kongruenz auf die Wahrnehmung von Meinungsfreiheit und die Redebereitschaft

Studien, die die Wahrnehmung der Meinungsfreiheit im universitären Kontext erklären wollen, beziehen sich in der Regel auf die Theorie der öffentlichen Meinung (Matthes et al., 2018; Noelle-Neumann, 1974, 1980). Demnach beobachten Menschen kontinuierlich ihr soziales Umfeld, da ihnen das Grundbedürfnis inhärent ist, zu einer Gruppe zu gehören und soziale Beziehungen aufrechtzuerhalten (Baumeister & Leary, 1995). Diese Beobachtung ermöglicht es, Schwankungen der öffentlichen Meinung und die der Mehrheit zu ermitteln. Die Theorie geht weiter davon aus, dass Menschen dazu neigen, ihre Meinung eher öffentlich zu äußern, wenn sie diese als kongruent zur von ihnen wahrgenommenen Mehrheitsmeinung empfinden, und weniger dazu neigen, sich zu äußern, wenn sie ihre Meinung als inkongruent zur wahrgenommenen Mehrheitsmeinung empfinden. Das Schweigen aus Angst vor Isolation oder sozialen Sanktionen wird auch als Selbstzensur bezeichnet und kann dazu führen, dass die scheinbare Mehrheitsmeinung gestärkt und die Minderheit „in der öffentlichen Meinung im Laufe der Zeit immer weniger sichtbar“ (Neubaum & Krämer, 2018, S. 139) wird, was als Prozess der Schweigespirale bezeichnet wird (Neubaum & Krämer, 2018; Noelle-Neumann, 1974).

Im universitären Kontext resümierten Revers und Traunmüller (2020) bei ihrer Betrachtung eines eher linken politischen Umfelds, dass politisch weiter rechtsstehende Studierende gehemmter waren, ihre Meinungen zu kontroversen Themen zu äußern. Als Erklärung führen die Autoren mit Verweis auf die Theorie der Schweigespirale an, dass sich rechtsgerichtete Studierende in dem eher linksorientierten Klima auf dem Campus in der Minderheit fühlen und deshalb eine negativere Meinungsfreiheitswahrnehmung und auch eine geringere Redebereitschaft aufweisen könnten (Revers & Traunmüller, 2020, S. 491). Dies legt nahe, dass die individuelle Übereinstimmung mit der wahrgenommenen Orientierung Mitstudierender, die als politische Kongruenz bezeichnet werden kann, ein entscheidender Faktor für die Wahrnehmung von Meinungsfreiheit und die Redebereitschaft ist (Noelle-Neumann, 1974, 1980; Norris, 2023).

Aufgegriffen wurden die Theorie der öffentlichen Meinung und das Konzept der politischen Kongruenz mit Blick auf den universitären Kontext auch von Norris (2023). Sie untersuchte mit Daten einer international vergleichenden Befragung unter anderem, ob Politikwissenschaftler und Politikwissenschaftlerinnen eine Veränderung des Meinungsklimas hin zu mehr „Political Correctness“ und eine sich ausbreitende „Cancel Culture“ wahrnahmen. Norris (2023) zeigt, dass Befragte in liberalen Demokratien (z. B. den USA oder Deutschland), die sich weiter rechts im politischen Spektrum verorteten, eine zunehmende „Cancel Culture“ wahrnahmen. In eher konservativ geprägten Ländern (z. B. Nigeria) war diese

Wahrnehmung dagegen stärker unter Befragten verbreitet, die sich als eher links und progressiv betrachteten. Norris (2023) schließt im Einklang mit der Theorie der Schweigespirale, dass Diskrepanzen zwischen individuellen Einstellungen und dem dominierenden Meinungsklima nicht nur zur Wahrnehmung von Meinungsdruck führen, sondern auch die Gefahr von Selbstzensur erhöhen. Allerdings wurde die Wahrnehmung des Meinungsklimas hier nicht auf Individualebene gemessen.

Anders ist dies in der Studie von Traunmüller (2022, 2023), der Daten einer großen Studierendenbefragung aus den USA analysierte. Abhängige Variable ist hier zwar nicht die Wahrnehmung von Meinungsfreiheit, sondern die Neigung zur Selbstzensur. Die Befunde sind hier dennoch relevant, weil sie zeigen, dass die Neigung zur Selbstzensur bei Studierenden einerseits von ihrer eigenen politischen Orientierung und andererseits von der auf dem Campus wahrgenommenen vorherrschenden politischen Orientierung abhängt: So neigen konservative Studierende in einem liberal dominierten Universitätskontext eher und in einem konservativen Kontext weniger dazu, ihre eigene Meinung aufgrund befürchteter Sanktionen zurückzuhalten (Traunmüller, 2022, 2023).

Kaum berücksichtigt wird bislang die Tatsache, dass Studierende an ihren Universitäten mit sehr unterschiedlichen Bezugsgruppen konfrontiert sind, die jeweils eigene Quellen für Wahrnehmungen politischer Kongruenz oder Inkongruenz darstellen können. Zu nennen sind hier vor allem Mitstudierende und Lehrende. Mitstudierende können als Teil der eigenen Peer-Group betrachtet werden, die als soziales Umfeld für die Studierenden von erheblicher Bedeutung ist. Vor dem Hintergrund der Forschung zur Schweigespirale, die nahelegt, dass in Familie und Freundeskreis die stärksten Schweigeeffekte auftreten (Matthes et al., 2018, S. 23; dazu auch Cook & Heilmann, 2013), würde man erwarten, dass von dieser sozialen Gruppe ein besonders starker normativer Einfluss ausgeht. Tatsächlich ergab eine Studie aus den USA, dass die Zurückhaltung von Studierenden, sensible Themen im universitären Kontext zu diskutieren, in erster Linie auf Ängste vor den möglichen Reaktionen von Mitstudierenden zurückzuführen war (Zhou & Barbo, 2023).

Zu Lehrenden stehen Studierende dagegen in einem asymmetrischen Machtverhältnis (Cialdini & Goldstein, 2004). Lehrende haben zumindest potenziell die Möglichkeit, ihre Machtposition zum Nachteil der Studierenden auszunutzen und missliebige Meinungsäußerungen (z. B. durch Bloßstellung oder gar eine negative Bewertung von Prüfungsleistungen) zu sanktionieren. Allein schon die Vermutung, dass dies möglich sein könnte, mag den Eindruck eingeschränkter Meinungsfreiheit befördern oder Studierende dazu verleiten, ihre Meinungen zurückzuhalten. Erleben Studierende sogar, dass Lehrende auf Meinungsäußerungen negativ oder mit Abwertung reagieren, dürfte dieser Effekt umso größer ausfallen. Entsprechende Negativbeispiele finden sich etwa bei Revers und Traunmüller (2020). Vor diesem Hintergrund formulieren wir unsere ersten Hypothesen:

H1: Je höher die politische Kongruenz zwischen Studierenden und (a) ihren Mitstudierenden sowie (b) ihren Lehrenden, desto positiver wird die universitäre Meinungsfreiheit wahrgenommen.

H2: Je höher die politische Kongruenz zwischen den Studierenden und (a) ihren Mitstudierenden sowie (b) ihren Lehrenden, desto eher beteiligen sie sich an universitären Diskussionen über kontroverse Themen.

2.3 Einflüsse von Sanktionsängsten auf die Wahrnehmung von Meinungsfreiheit und die Beteiligung an Diskussionen

Ein weiterer Faktor, der sich im Zusammenhang mit der allgemeinen Wahrnehmung von Meinungsfreiheit als relevantes Konstrukt erwiesen hat, sind erwartete Reaktionen bzw. Sanktionen, die als Folgen einer Meinungsäußerung befürchtet werden. Sie spielen in der Theorie der öffentlichen Meinung (Noelle-Neumann, 1974, 1980), aber auch in der Forschung zu sozialem Ausschluss (Williams, 2007) eine vermittelnde Rolle zwischen der Wahrnehmung des Meinungsklimas und der eigenen Meinungsäußerung. Die Erwartung von Reaktionen bzw. Sanktionen geht dabei mit einer stärkeren wahrgenommenen Einschränkung der Meinungsfreiheit (Rothut et al., 2023) und einer geringeren Redebereitschaft einher (Matthes et al., 2018; Neubaum & Krämer, 2018). Die in der Forschung diskutierten Reaktionen bzw. Sanktionen umfassen ein breites Spektrum, das von der Erwartung, sich rechtfertigen zu müssen, über die Befürchtung von Widerspruch und Bloßstellung bis hin zum Ausschluss aus einer Gruppe und beruflichen Nachteilen reichen kann (Neubaum & Krämer, 2018). Auch Revers und Traunmüller (2020) stellen fest, dass sich konservativ orientierte Studierende eher Sorgen über die Folgen ihrer politischen Meinungsäußerungen machen, also eine größere Sanktionsangst aufwiesen.

Man kann deshalb annehmen, dass Studierende, die befürchten, von ihren Mitstudierenden oder ihren Lehrenden negative Reaktionen zu erhalten und damit (sozial) sanktioniert zu werden, die universitäre Meinungsfreiheit eher als eingeschränkt wahrnehmen und weniger dazu neigen, sich in Diskussionen zu äußern. Allerdings dürfte sich das Spektrum erwarteter negativer Reaktionen bzw. die Möglichkeit zur Sanktionierung von Meinungsäußerungen für Mitstudierende und Lehrende durchaus unterscheiden, da hier eine Machtasymmetrie vorliegt. Wir formulieren deshalb zwei weitere Hypothesen:

H3: Je eher Studierende erwarten, bei Meinungsäußerungen (a) von ihren Mitstudierenden und (b) von ihren Lehrenden negative Reaktionen bzw. Sanktionen zu erfahren, desto negativer werden sie die universitäre Meinungsfreiheit wahrnehmen.

H4: Je eher Studierende erwarten, bei Meinungsäußerungen (a) von ihren Mitstudierenden und (b) von ihren Lehrenden negative Reaktionen bzw. Sanktionen zu erfahren, desto weniger beteiligen sie sich an universitären Diskussionen über kontroverse Themen.

2.4 Weitere Einflussfaktoren auf die Wahrnehmung von Meinungsfreiheit und die Beteiligung an Diskussionen

Bisherige Studien zur Wahrnehmung von Meinungsfreiheit und zur Redebereitschaft außerhalb des universitären Kontexts legen nahe, dass es weitere individuelle Merkmale gibt, die diese beeinflussen.

Politische Prädispositionen. Mehrere Studien sprechen für eine hohe Bedeutung politischer Prädispositionen. So zeigen Rothut et al. (2023), dass politische Selbsteinstufung, Parteipräferenz und Politikverdrossenheit einen starken Einfluss auf die generelle Wahrnehmung der Meinungsfreiheit haben. In ihrer Studie nehmen politikverdrossene Personen, Personen auf der rechten Seite des politischen Spektrums sowie Anhängerinnen und Anhänger der AfD die Meinungsfreiheit als besonders eingeschränkt wahr (ähnlich Menzner & Traummüller, 2023). Fraglich ist, ob diese Faktoren auch für die studentische Wahrnehmung universitärer Meinungsfreiheit eine Rolle spielen. Zum einen dürften Studierende als formal hochgebildete und eher privilegierte Gruppe eine relativ geringe Politikverdrossenheit aufweisen (Shell Jugendstudie, 2019). Allerdings ist denkbar, dass Studierende mit höherer Politikverdrossenheit deshalb eine geringere politische Kongruenz zu Mitstudierenden wahrnehmen (Heil, 2016) und sich dadurch eher abseits vom „Mainstream“ verorten. Quiring et al. (2020) zeigen darüber hinaus, dass geringere Demokratiezufriedenheit zu einer stärkeren Wahrnehmung von einschränkenden Sprechverböten führte. Wir werden die möglichen Einflüsse der genannten Prädispositionen deshalb kontrollieren.

Im Hinblick auf die Redebereitschaft erscheint nicht ausgeschlossen, dass sich Personen mit extremen politischen Positionen auch dann äußern, wenn sie sich in einer Minderheitenposition sehen. Entsprechende Hinweise finden sich nicht nur in der Theorie der öffentlichen Meinung, wo entsprechende Gruppen als „harter Kern“ oder „Avantgarde“ beschrieben werden (Noelle-Neumann, 1974, 1980), sondern auch in der Forschung zum Zusammenhang politischer Einstellungen und Redebereitschaft (Burnett et al., 2022) oder zu Meinungsäußerungen in sozialen Medien (Wintterlin et al., 2021).

Sonstige Merkmale: Einschlägige Studien zeigen weiterhin, dass es persönlichkeitspsychologische Dispositionen gibt, die einen Einfluss auf die Wahrnehmung der Meinungsfreiheit (z. B. Rothut et al., 2023; Menzner & Traummüller, 2023) bzw. die Redebereitschaft ausüben (können) (Matthes et al., 2018; Willnat et al., 2002). Wir kontrollieren deshalb die Merkmale Alter, Geschlecht und politisches Interesse.

3. Methodisches Vorgehen

3.1 Design und Stichprobe

Um die Forschungsfragen zu beantworten und die Hypothesen zu testen, wurde eine standardisierte quantitative Online-Befragung durchgeführt. Befragt wurden Studierende an deutschen Universitäten, die im Online-Access-Panel des kommerziellen Dienstleisters Bilendi & Respondi registriert waren. Es handelt sich also

nicht um eine Zufallsstichprobe, deren Ziehung in Ermangelung eines Studierendenregisters äußerst aufwendig wäre. Daher nehmen wir befragungsbereite Studierende in den Blick und stellen sicher, dass diese den für unsere Fragestellungen wichtigen Merkmalen der Grundgesamtheit der Studierenden entsprechen (siehe unten). Zudem hat eine aktuelle Methodenstudie gezeigt, dass Verteilungen wichtiger Eigenschaften von Studierenden in Online-Access-Panels (z. T. nach entsprechender Gewichtung) sehr ähnlich zu denen in wahrscheinlichkeitsbasierten Studierendenbefragungen sind (Hinz et al., 2023). Obwohl wir deshalb davon ausgehen, dass unser Vorgehen eine gute Annäherung an die Wahrnehmungen und Verhaltensweisen deutscher Studierender sicherstellt, sollten die berichteten Prozentwerte vorsichtig interpretiert werden. Die späteren Zusammenhangsanalysen (Regressionen) sollten dagegen vergleichsweise robust gegenüber Verzerrungen sein. Dennoch haben wir zahlreiche Zusatzanalysen durchgeführt, um diese Robustheit auch empirisch zu prüfen (siehe unten). Der Fragebogen wurde mit dem Online-Befragungs-Tool SoSci Survey erstellt und drei Pretests unterzogen. Die Feldphase erstreckte sich vom 17.7.2023 bis zum 2.8.2023. Um eine hohe Teilnahmequote sicherzustellen, wurden im Fragebogen zunächst keine weiteren Ausschlusskriterien gewählt oder Quotierungen vorgenommen.

Insgesamt füllten 1.098 Studierende aus 16 Bundesländern und von über 99 verschiedenen Universitäten den Fragebogen vollständig aus. Um eine hohe Qualität der Daten sicherzustellen, wurde in den Fragebogen erstens ein Item zur Prüfung der Aufmerksamkeit integriert. Zudem wurden anhand des Relative-Speed-Index Personen ausgeschlossen, die den Fragebogen zu schnell beantwortet hatten (Leiner, 2019). Personen, die nicht in Deutschland studierten, Promotionsstudierende sowie Fälle mit unplausiblen Antworten wurden aus dem Datensatz entfernt. Zudem wurden aufgrund der geringen Gruppengröße neun Studierende von der Analyse ausgeschlossen, die als Geschlecht divers angegeben hatten. Insgesamt wurden somit 180 Fragebögen entfernt.

Da es sich nicht um eine Zufallsauswahl handelt, haben wir die Stichprobe anhand der Merkmale Geschlecht und Studiengang mit der Grundgesamtheit der Studierenden an deutschen Universitäten verglichen. Hierfür wurden zunächst die ursprünglich erhobenen Einzelfächer unter Rückbezug auf die Fächersystematik des Statistischen Bundesamtes (Statistisches Bundesamt, 2024) sowie basierend auf eigenen Zuordnungen zu sechs Fächergruppen zusammengefasst. Ein detaillierter Überblick dazu findet sich in Anhang A auf OSF. Basierend auf der Studierendenstatistik aus dem Wintersemester 2022/2023 (Statistisches Bundesamt, 2023) wurde die ungewichtete Stichprobe unter Berücksichtigung der Geschlechterverteilung innerhalb der Fächergruppen mit der Grundgesamtheit verglichen. Hierbei zeigten sich zum einen Abweichungen im Hinblick auf die Stärke einzelner Fächer (Anhang B auf OSF: Tabelle B.1, Tabelle B.2). In der ursprünglichen Stichprobe waren insbesondere Studierende der Ingenieurwissenschaften deutlich unterrepräsentiert und Studierende der Geisteswissenschaften & Kunst stark überrepräsentiert. Zudem war der Anteil weiblicher Studierender deutlich höher als in der Grundgesamtheit. Um den Verzerrungen entgegenzuwirken, wurde eine nachträgliche Gewichtung (Poststratifizierung) vorgenommen (Sand & Kunz, 2020). Neuere Studien zeigen, dass eine solche Gewichtung von Daten aus On-

line-Access-Panels im Hinblick auf interessierende Merkmale eine gute Annäherung an die Werte von Zufallsstichproben ermöglichen kann (Grewenig et al., 2023). Für die Gewichtung wurden sowohl die Gesamtverteilung der Fächergruppen als auch die Geschlechterverteilung innerhalb der einzelnen Fächergruppen berücksichtigt (siehe Tabelle B.2 für Details und Gewichtungsfaktoren). Insbesondere bei der Interpretation von Anteilswerten bleibt zu berücksichtigen, dass eine solche Gewichtung die ursprüngliche Verzerrung zwar reduzieren, jedoch nicht vollständig ausgleichen kann (Sand & Kunz, 2020).

Die endgültige gewichtete Stichprobe umfasst rechnerisch 897 Studierende aus sechs Fächergruppen ($N = 897$). Davon sind 52 % weiblich und 48 % männlich. Im Durchschnitt sind die Studierenden 25 Jahre alt ($SD = 4.93$). Von den Befragten streben 50 % einen Bachelorabschluss an, 28 % einen Masterabschluss und 20 % ein Staatsexamen. Den größten Anteil in der endgültigen Stichprobe stellen die Geisteswissenschaften & Kunst dar (20,1 %), gefolgt von Rechts- & Wirtschaftswissenschaften (18,9 %), Ingenieurwissenschaften (17,7 %), Mathematik, Natur- & Agrarwissenschaften (17,3 %), Sozialwissenschaften (15,4 %) sowie Medizin, Gesundheits- & Sportwissenschaften (10,5 %). Auch die Verteilung auf die Bundesländer entspricht, abgesehen von kleineren Abweichungen, der Struktur der Grundgesamtheit. Alle folgenden Angaben basieren auf der beschriebenen Gewichtung.

3.2 Operationalisierung

3.2.1 Abhängige Variablen

Wahrgenommene Meinungsfreiheit: Um zu erfassen, wie die Studierenden den Stand der universitären Meinungsfreiheit im eigenen Hauptfach wahrnehmen, bewerteten sie acht Items auf einer siebenstufigen Skala (siehe Anhang C.1 auf OSF; Beispielitem: „Es gibt viele ungeschriebene Gesetze darüber, welche Meinungen in meinem Hauptfach sozial akzeptabel und zulässig sind und welche tabu“; 1 = stimme überhaupt nicht zu, 7 = stimme voll und ganz zu). Die Items wurden in Anlehnung an Rothut et al. (2023) formuliert, die diese wiederum in Teilen selbst erstellt und in Teilen an Köcher (2019) angelehnt haben. Sie decken unausgesprochene Diskursnormen und Tabus, die Sagbarkeit und die möglichen Folgen von Meinungsäußerungen sowie „Political Correctness“ und Gleichberechtigung ab. Nach dem Umcodieren eines invers formulierten Items wurde für die multivariaten Analysen ein Mittelwertindex ($\alpha = .834$, $M = 2.91$, $SD = 1.21$, $n = 889$) gebildet. Höhere Werte verweisen auf die Wahrnehmung stärkerer Einschränkungen der universitären Meinungsfreiheit. Im Mittel ist diese Wahrnehmung bei den Befragten eher gering ausgeprägt, wobei 68 % keine bis eher geringe und 14 % eher starke bis starke Einschränkungen sehen.

Häufigkeit kontroverser Diskussionen & Redebereitschaft: Um die Beteiligung an kontroversen Diskussionen zu ermitteln, wurden die Studierenden zunächst mittels einer vierstufigen Skala gefragt, wie häufig es in Seminaren oder Vorlesungen ihres Hauptfachs überhaupt zu solchen Diskussionen kommt (siehe auch Anhang C.2 auf OSF; 1 = noch nie; 2 = selten; 3 = gelegentlich; 4 = oft). Dies war im

Mittel „gelegentlich“ der Fall ($M = 2.27$, $SD = .94$, $n = 875$), wobei 23 % der Studierenden angaben, dass in ihrem Hauptfach nie kontrovers diskutiert wird, während 11,5 % angaben, dies sei oft der Fall. Studierende, die angaben, dass in Lehrveranstaltungen ihres Hauptfachs „nie“ kontrovers diskutiert wird, wurden von der weiteren Analyse der Prädiktoren der Redebereitschaft ausgeschlossen, sodass hierfür noch $N = 670$ Befragte zur Verfügung standen.

Die individuelle Beteiligung an kontroversen Diskussionen (Redebereitschaft) wurde dann auf einer fünfstufigen Skala (1 = noch nie, 5 = immer) erhoben. Hier sollten die Studierenden, in deren Lehrveranstaltungen tatsächlich kontroverse Diskussionen stattfanden, angeben, wie häufig sie sich bislang an solchen Diskussionen beteiligt haben ($M = 2.55$, $SD = 1.00$, $n = 670$). Dies war im Durchschnitt „selten“ bis „gelegentlich“ der Fall, wobei sich 48 % „nie“ oder „selten“, 34 % „gelegentlich“ und 18 % „oft“ oder „immer“ beteiligt haben.

3.2.2 Unabhängige Variablen

Politikverdrossenheit: Um die Politikverdrossenheit zu erheben, wurde analog zu Rothut et al. (2023) ein Item zur allgemeinen Demokratiezufriedenheit mit vier Items der Political-Efficacy-Kurzskala von Beierlein et al. (2014) kombiniert. Die Zustimmung wurde auf einer siebenstufigen Skala (1 = „stimme überhaupt nicht zu“, 7 = „stimme voll und ganz zu“) abgefragt. Für eine vereinfachte Interpretation wurden alle Items invertiert. Trotz der eher schwachen Reliabilität ($\alpha = .658$) wurden sie dann zu einem Mittelwertindex verrechnet ($M = 3.49$, $SD = .99$, $n = 894$), da es sich bei Politikverdrossenheit um ein etabliertes Konstrukt handelt (vgl. Rothut et al., 2023). Hohe Werte weisen auf eine stark ausgeprägte Politikverdrossenheit hin, die in der Stichprobe durchschnittlich in mittlerem Maße ausgeprägt ist. Bei 49 % zeigt sich eine eher schwache bis sehr schwache, bei 15 % eine eher hohe bis sehr hohe Politikverdrossenheit.

Demokratiezufriedenheit: Unter Rückgriff auf die Erhebung der Demokratiezufriedenheit bei Decker et al. (2019) beantworteten die Befragten auf einer vierstufigen Skala (1 = überhaupt nicht zufrieden, 4 = sehr zufrieden), inwieweit sie „alles in allem“ mit dem Funktionieren der Demokratie in Deutschland zufrieden sind ($M = 2.78$, $SD = .68$, $n = 867$). Im Mittel zeigen sie sich ziemlich zufrieden, wobei 27 % überhaupt nicht oder wenig zufrieden, 73 % ziemlich oder sehr zufrieden sind.

Politische Orientierung und wahrgenommene politische Orientierung Mitstudierender und Lehrender: Die Abfrage der eigenen politischen Orientierung und der vermuteten politischen Orientierung Mitstudierender sowie Lehrender erfolgte auf einer elfstufigen Links-Rechts-Skala (1 = links, 11 = rechts; GESIS, o. D.). Ihre eigene politische Orientierung schätzen die Studierenden im Durchschnitt etwas links der Mitte ein ($M = 5.11$, $SD = 1.88$, $n = 870$) und damit auch etwas weiter links, als sich die Gesamtbevölkerung (z. B. Infratest dimap, 2024) sowie die Gesamtgruppe der Jungwähler einschätzt (Döbele et al., 2023). 57 % verorten sich dabei links und 19 % rechts der politischen Mitte. Die Fächergruppen unterscheiden sich in ihrer politischen Einstellung zum Teil signifikant voneinander. Am weitesten links schätzen sich Studierende der Sozialwissenschaften ($M = 4.42$)

sowie der Geisteswissenschaften & Kunst ($M = 4.49$) ein, signifikant weiter rechts sehen sich Studierende der Mathematik, Natur- & Agrarwissenschaften ($M = 5.21$), der Medizin, Gesundheits- & Sportwissenschaften ($M = 5.25$) sowie der Rechts- & Wirtschaftswissenschaften ($M = 5.36$). Am ehesten in der Mitte der Skala und damit am weitesten rechts stehen in unserer Stichprobe die Studierenden der Ingenieurwissenschaften ($M = 5.98$). Diese Befunde entsprechen weitgehend bisherigen Erkenntnissen zu den Unterschieden politischer Einstellungen der Studierenden verschiedener Fächer, was auch als weiterer Beleg für die Qualität der Stichprobe gedeutet werden kann (Armingeon, 2001; Lindov, 2020). Die politische Orientierung der Mitstudierenden des eigenen Hauptfachs an der eigenen Universität verorten die Studierenden im Mittel noch etwas weiter links ($M = 4.73$, $SD = 1.83$, $n = 833$), wobei 65 % diese links und 13 % rechts der politischen Mitte einschätzen. Die politische Orientierung der Lehrenden vermuten die Studierenden durchschnittlich etwas weiter rechts als die ihrer Mitstudierenden ($M = 5.42$, $SD = 1.58$, $n = 787$). 46 % verorten sie links der Mitte und 18 % rechts der Mitte.

Parteipräferenz: Die Parteipräferenz der Befragten wurde anhand der Sonntagsfrage gemessen. Der größte Anteil der Studierenden wollte zum Zeitpunkt der Befragung Bündnis 90/Die Grünen wählen (29 %), gefolgt von SPD (14 %), CDU/CSU (11 %), Linke (8 %), FDP (7 %) und AfD (4 %). 5 % wollten für eine sonstige Partei stimmen, 4 % nicht wählen und 18 % nutzten die „Weiß nicht“-Option. Diese Ergebnisse stehen im Einklang mit Befunden der Wahlforschung, wonach beispielsweise Jüngere und höher Gebildete deutlich stärker zu Bündnis 90/Die Grünen neigen als der Durchschnitt der Bevölkerung (Hübner et al., 2022; John, 2021).

Politische Kongruenz mit Mitstudierenden und Lehrenden: Um die Kongruenz ihrer eigenen mit der politischen Orientierung ihrer Mitstudierenden bzw. Lehrenden abzubilden, wurde jeweils der Differenzbetrag aus beiden Einschätzungen gebildet. Zuvor wurden fehlende Werte für die Einschätzung von Mitstudierenden und Lehrenden durch den jeweiligen Mittelwert ersetzt (Imputation), wobei die Auswirkungen der Imputation (und der Gewichtung) auf die Substanz der Befunde in späteren Robustness-Checks überprüft wurden (s. u.). Die Werte wurden anschließend für eine vereinfachte Interpretation invertiert. Die berechnete Variable weist einen Wertebereich von 0 (vollständige politische Inkongruenz) bis 10 (vollständige politische Kongruenz) auf. Betrachtet man die politische Kongruenz mit Mitstudierenden, so fällt diese recht hoch aus: Viele Studierende nehmen ihre eigene politische Orientierung (sehr) ähnlich zu der ihrer Mitstudierenden wahr ($M = 8.43$, $SD = 1.41$, $n = 897$). Die große Mehrheit der Studierenden (95 %) ist über dem Skalenmittelpunkt zu verorten und zeichnet sich damit durch eine (eher) hohe politische Kongruenz aus. 23 % nehmen ihre Einstellung sogar als identisch mit der ihrer Mitstudierenden wahr und niemand nimmt eine völlige Inkongruenz wahr (MIN = 2, MAX = 10). Die Kongruenz mit den eigenen Lehrenden ist im Mittel sogar geringfügig höher ($M = 8.54$, $SD = 1.26$, $n = 897$). Auch hier nimmt keiner der Befragten eine vollständige Inkongruenz wahr (MIN = 2, MAX = 10). 23 % gehen davon aus, dass sich ihre eigene politische

Einstellung mit der ihrer Lehrenden deckt. Während nur 1 % (eher) eine politische Inkongruenz vermuten, weisen 97 % (eher) eine politische Kongruenz auf.

Angst vor Sanktionen durch Mitstudierende und Lehrende: Zur Erfassung der Angst vor Reaktionen bzw. (sozialen) Sanktionen wurden dem Vorgehen von Roth et al. (2023, S. 63) folgend die Dimensionen der Skala von Neubaum und Krämer (2018) aufgegriffen und auf Basis der robusten Ergebnisse reduziert. Anschließend wurden sie inhaltlich auf Studierende und Lehrende übertragen. Die Befragten sollten auf einer Ja-/Nein-Skala angeben, ob sie die beschriebenen Reaktionen bzw. Sanktionen bereits befürchtet und sich deshalb nicht getraut haben, ihre Meinung in einer Vorlesung oder einem Seminar des eigenen Hauptfachs zu äußern. Befürchtungen vor Sanktionen durch Mitstudierende wurden mittels fünf Items erhoben (z. B. „von anderen Studierenden ausgelacht zu werden“; „dass mir ein anderer Studierender widerspricht“, „von anderen Studierenden beleidigt zu werden“), die Angst vor Sanktionen durch Lehrende mittels sechs Items (z. B. „dass mir ein Dozierender widerspricht“, „von Dozierenden ausgelacht zu werden“, „vom Dozierenden verbal angegriffen zu werden“). Die Items wurden dummy-codiert und zu einem Summenindex für die Angst vor Sanktionen durch Mitstudierende bzw. Lehrende addiert, der Werte zwischen 0 (keine Angst vor Sanktionen) und 5 bzw. 6 (starke Angst vor Sanktionen) aufweist. Die Angst vor Sanktionen durch Mitstudierende fällt im Mittel gering aus ($\alpha = .747$, $M = 1.28$, $SD = 1.41$, $n = 897$), wobei 81 % der Studierenden keine bis eher geringe und 10 % eher starke bis sehr starke Angst vor Sanktionen berichten. Vor Sanktionen durch Lehrende haben die Befragten im Durchschnitt minimal mehr, insgesamt aber ebenfalls wenig Angst ($\alpha = .773$, $M = 1.34$, $SD = 1.54$, $n = 897$). Bei 83 % ist die Sanktionsangst (eher) gering ausgeprägt, bei 7 % (eher) stark.

Kontrollvariablen: Als Kontrollvariablen wurden zudem Geschlecht (dichotomisiert; $n = 432$ männlich, $n = 464$ weiblich), Alter ($M = 25.10$, $SD = 4.93$) und politisches Interesse ($M = 4.57$, $SD = 1.64$) einbezogen. Das politische Interesse wurde nach Otto und Bacherle (2011) durch fünf Items (Beispielitem: „Ganz allgemein interessiere ich mich sehr für Politik“) auf einer siebenstufigen Skala (1 = „trifft überhaupt nicht zu“, 7 = „trifft voll und ganz zu“) erfasst, die einen Mittelwertindex bildet ($\alpha = .943$).

3.3 Analysestrategie und Robustness-Checks für Gewichtung und Imputation

Die Hypothesen wurden mit linearen multiplen Regressionen getestet. Abhängige Variablen waren der Index der Wahrnehmung der universitären Meinungsfreiheit bzw. das Einzelitem zur Redebereitschaft bei kontroversen Themen in Lehrveranstaltungen. Da unsere konzeptionell wichtigen unabhängigen Variablen zur politischen Kongruenz und zu Sanktionserwartungen eine Reihe fehlender Werte enthielten, wurden diese Werte näher analysiert. Zunächst zeigte Littles MCAR Test, dass die fehlenden Werte nicht „Missing Completely at Random“ (MCAR) waren. Da ein statistischer Test zur Unterscheidung von „Missings at Random (MAR)“ und „Missing Not at Random (MNAR)“ nicht existiert, wurde die Entscheidung getroffen, die Analysen umfangreich abzusichern (Schafer & Graham, 2002; van Buuren, 2018). Da bei „Missings at Random“ die Beziehungen zwi-

schen den Daten erhalten bleiben, entschieden wir uns zunächst für zwei Varianten von Imputation. Die fehlenden Werte wurden dabei einmal mit dem Mittelwert der Gesamtstichprobe und einmal mittels multipler Imputation (FCS; linear) ersetzt. In der multiplen Imputation wurden zur Vorhersage fehlender Werte, den Empfehlungen der Literatur folgend, alle Variablen einbezogen, die auch in den späteren Regressionsanalysen verwendet wurden (Schafer & Graham, 2002; van Buuren, 2018). Um auch der Möglichkeit Rechnung zu tragen, dass es sich tatsächlich um „Missings Not at Random“ handelt und eine Imputation zu Verzerrungen der Befunde führt, wurden zudem alle Analysen einmal mit und einmal ohne Imputationen der fehlenden Werte durchgeführt. Dieses Vorgehen trägt der inhärenten Unsicherheit im Hinblick auf die Ursachen der fehlenden Werte umfassend und transparent Rechnung.

Um die Robustheit der Befunde zu prüfen, wurden die Regressionsmodelle dann einmal mit und einmal ohne Gewichtung sowie mit bzw. ohne die verschiedenen Imputationen berechnet (Robustness-Checks; siehe Anhang D auf OSF). Für die beiden abhängigen Variablen wurden zunächst jeweils ein Modell mit den Originaldaten (ohne Gewichtung und ohne Imputation; Modell 1 bzw. A), ein Modell mit Gewichtung und ohne Imputation (Modell 2 bzw. B), ein Modell ohne Gewichtung und mit Mittelwert-Imputation (Modell 3 bzw. C) sowie ein Modell mit Gewichtung und Mittelwert-Imputation berechnet (Modell 4 bzw. D) (siehe Anhänge D.1 und D.2). In einem zweiten Schritt wurde dann eine multiple Imputation durchgeführt und die Analysen für beide Variablen mit und ohne Gewichtung wiederholt. Da im Rahmen der multiplen Imputation jeweils zehn Alternativmodelle erstellt wurden, ergeben sich für jede abhängige Variable jeweils 20 weitere Regressionsmodelle, die zur Beurteilung der Robustheit der Befunde herangezogen werden (Modelle Mult 1–20 bzw. Mult A–T; siehe Anhänge D.3–D.6). Somit wurden für jede abhängige Variable 24 Regressionsmodelle berechnet. Deren Befunde sind für die Wahrnehmung der Meinungsfreiheit außerordentlich robust, für die Redebereitschaft nur etwas weniger robust. Für eine bessere Übersichtlichkeit bezieht sich die folgende Ergebnisdarstellung auf die Modelle mit gewichteten Daten und Mittelwert-Imputation (Modelle 4 bzw. D), wobei die Robustheit der Einflüsse über alle Modelle hinweg jeweils thematisiert wird.

4. Ergebnisse

4.1 Wahrnehmung der Meinungsfreiheit an deutschen Universitäten

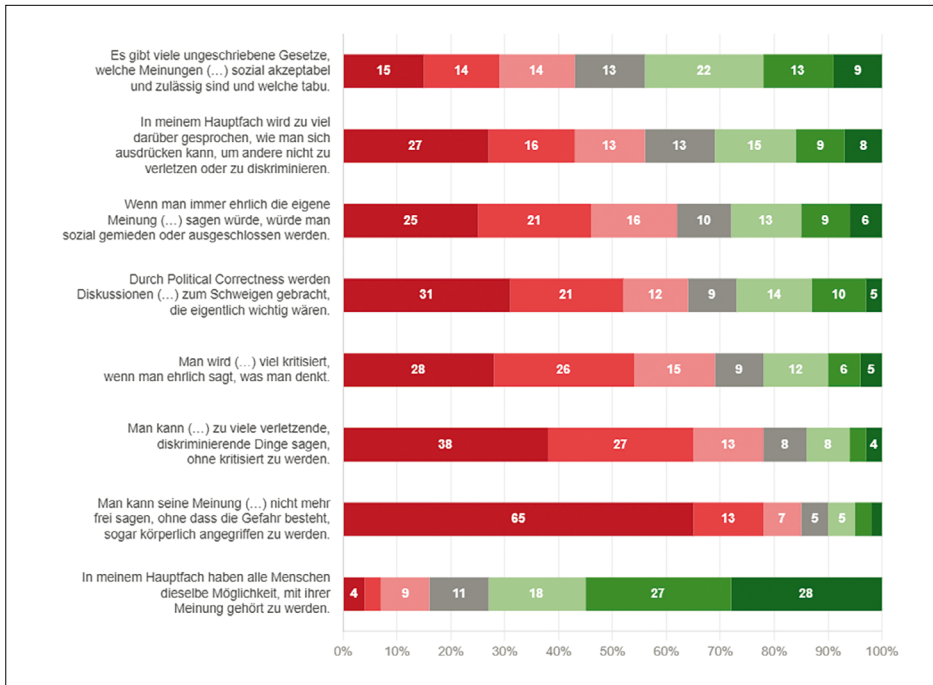
Die erste Forschungsfrage zielte auf die Frage ab, wie Studierende an deutschen Universitäten die Möglichkeiten wahrnehmen, sich frei zu äußern. Die Ergebnisse zeigen, dass eine große Mehrheit der Studierenden ein durchaus positives Bild von der Meinungsfreiheit an ihren Universitäten hat. Fast einhellig widersprechen die Studierenden (zumindest eher) der Aussage, dass die Gefahr eines körperlichen Angriffs bei einer Meinungsäußerung bestehe (85 %, $M = 1.91$, $SD = 1.58$), und fast ebenso einhellig wird verneint, dass „man zu viele verletzende, diskriminierende Dinge sagen [könne], ohne [dafür] kritisiert zu werden“ (78 %, $M = 2.46$, $SD = 1.67$). Fast ebenso viele sind nicht der Ansicht, dass man „zu viel kritisiert

[würde], wenn man ehrlich sagt, was man denkt“ (71 %, $M = 2.78$, $SD = 1.72$). Drei Viertel sind (zumindest eher) der Meinung, dass in ihrem Hauptfach alle Menschen dieselbe Möglichkeit haben, mit ihrer Meinung gehört zu werden (73 %, $M = 2.73$, $SD = 1.67$). Dass durch „Political Correctness“ Diskussionen unterdrückt würden, die eigentlich wichtig wären, wird von mehr als zwei Dritteln der Studierenden (zumindest eher) negiert (63 %, $M = 3.03$, $SD = 1.93$). Die Gefahr eines sozialen Ausschlusses, „wenn man immer ehrlich die eigene Meinung sagen würde“, sehen knapp zwei Drittel (eher) nicht (62 %, $M = 3.17$, $SD = 1.89$). Immerhin ein Viertel sieht diese Gefahr aber durchaus.

Etwas weniger einig sind sich die Studierenden bei zwei weiteren Items. So sind etwas mehr als die Hälfte nicht der Ansicht, dass in ihrem Hauptfach „zu viel darüber gesprochen [würde], wie man sich ausdrücken kann, um andere nicht zu verletzen oder zu diskriminieren“, während knapp ein Drittel durchaus diesen Eindruck hat ($M = 3.34$, $SD = 1.99$). Noch stärker polarisiert sind die Einschätzungen bei der Frage, ob es „viele ungeschriebene Gesetze darüber [gebe], welche Meinungen i[m] Hauptfach sozial akzeptabel und zulässig sind und welche tabu“ ($M = 3.86$, $SD = 1.89$). Hier stehen sich jeweils 43 % der Studierenden gegenüber, die dieser Aussage (eher) zustimmen, und die ihr (eher) nicht zustimmen. Möglicherweise hängt dies damit zusammen, dass sich die Aussage auf alle möglichen Arten von Meinungen beziehen lässt, sowohl solche mit einem inhaltlichen Fachbezug (etwa zu Theorien oder Methoden) als auch solche, die stärker politisch sind (Abbildung 1).

Unsere zweite Forschungsfrage zielte darauf ab, ob sich Studierende unterschiedlicher Fächer in ihrer Wahrnehmung der universitären Meinungsfreiheit unterscheiden. Eine Varianzanalyse zeigt keine signifikanten Differenzen ($F = 1.016$, $p = .407$). Betrachtet man die einzelnen Items, so ergeben sich zwar bei der Hälfte signifikante Differenzen zwischen einzelnen Fächergruppen, die allerdings überschaubar bleiben.

Abbildung 1. Wahrnehmung der Meinungsfreiheit in ihrem Hauptfach durch Studierende im Sommer 2023



Anmerkungen. $N = 845$ –880 Befragte (ohne „weiß nicht“). 7-stufige Skala von „1“ – „stimme überhaupt nicht zu“ bis „7“ – „stimme voll und ganz zu“ (Ausweichkategorie „weiß nicht“). Frage: „Nun möchten wir Ihnen ein paar Fragen dazu stellen, wie Diskussionen in den Seminaren und Vorlesungen Ihres Hauptfachs ablaufen. Dazu finden Sie unten einige Aussagen. Stellen Sie sich vor, Sie sitzen in einem typischen Seminar oder einer typischen Vorlesung Ihres Hauptfachs. Wie sehr stimmen Sie folgenden Aussagen zu?“

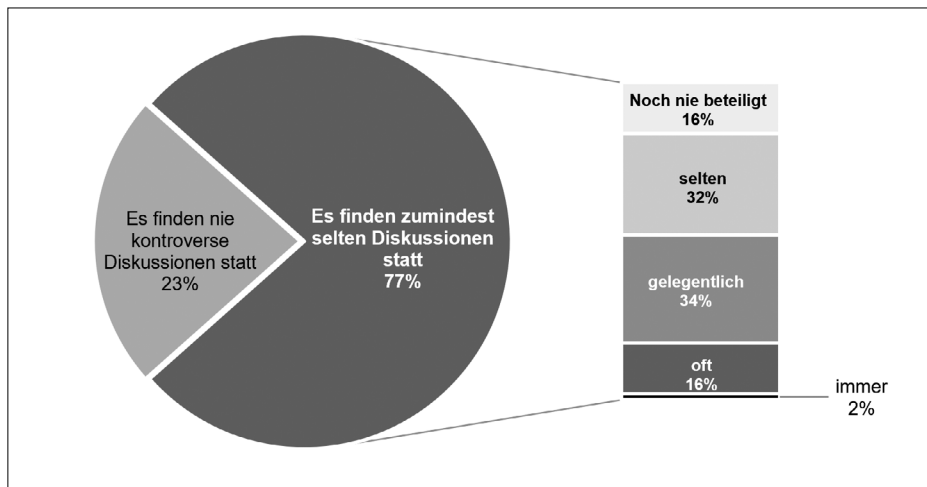
4.2 Diskussionen über kontroverse Themen und Redebereitschaft

Die dritte Forschungsfrage bezog sich darauf, wie häufig in Lehrveranstaltungen an deutschen Universitäten über aktuelle kontroverse Themen diskutiert wird und wie häufig sich Studierende an solchen Debatten beteiligen. Die Daten zeigen zunächst, dass Studierende im Durchschnitt nur gelegentlich solche Diskussionen wahrnehmen ($M = 2.27$, $SD = .94$, $n = 875$). Fast ein Viertel der Studierenden hat solche Diskussionen bislang sogar noch nie (23 %), fast zwei Fünftel (38 %) haben sie nur selten erlebt. Bei etwas mehr als einem Viertel der Studierenden war dies gelegentlich der Fall (27 %) und nur knapp 12 % geben an, dass in ihren Lehrveranstaltungen oft kontrovers diskutiert wird.

Diejenigen Studierenden, in deren Lehrveranstaltungen solche Diskussionen bereits stattfanden, haben sich zudem durchschnittlich nur selten bis gelegentlich daran beteiligt ($M = 2.55$, $SD = 1.00$, $n = 670$). Während fast die Hälfte der Stu-

dierenden noch nie oder selten mitdiskutiert hat (48 %), tun dies nur 18 % oft oder immer. 34 % gaben an, sich gelegentlich in solche Debatten einzubringen (Abbildung 2).

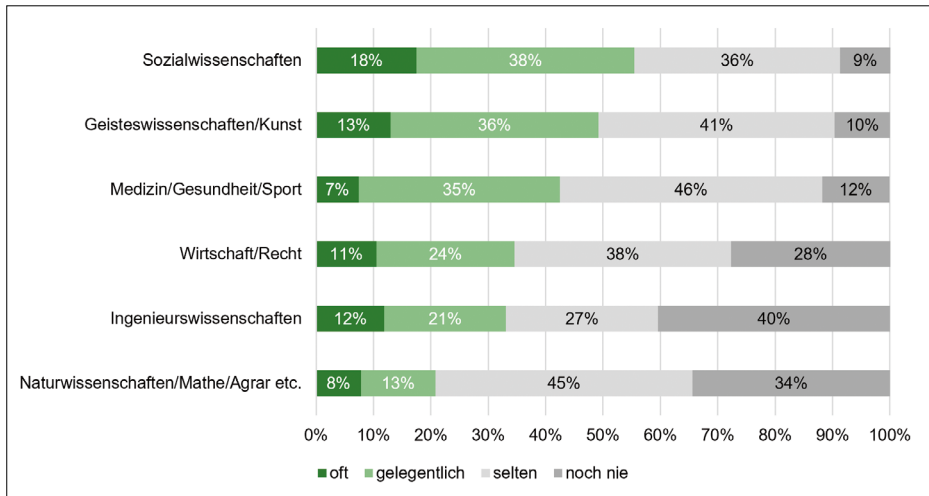
Abbildung 2. Häufigkeit von Diskussionen über kontroverse Themen und persönliche Beteiligung an solchen Diskussionen in den Lehrveranstaltungen des Hauptfachs im Sommer 2023



Anmerkungen. $N = 875$ (Häufigkeit von kontroversen Diskussionen) bzw. 670 Befragte (Häufigkeit der Redebereitschaft). Fragen: "Und wie häufig kam es in einer Vorlesung oder einem Seminar Ihres Hauptfachs bereits zu einer kontroversen Diskussion, zum Beispiel zu den bereits erwähnten Themen?"; "Wenn Sie an die eben angesprochenen Themen denken, wie häufig haben Sie sich selbst an Diskussionen in einem Seminar oder einer Vorlesung zu einem dieser Themen beteiligt?"

Die vierte Forschungsfrage fragte danach, ob sich Studierende unterschiedlicher Fächergruppen in Diskussionshäufigkeit und -beteiligung unterscheiden. Eine ein-faktorielle Varianzanalyse zeigt signifikante Unterschiede der Diskussionshäufigkeit je nach Fächergruppe (Welch $F(5, 384,356) = 14.322, p < .001, \eta^2 = .075, N = 875$). Die Fächergruppe kann hierbei 7,5 % der Varianz erklären. Der Post-hoc-Test nach Games-Howell zeigt, dass in den Lehrveranstaltungen der Mathematik, Natur- & Agrarwissenschaften ($M = 1.94, SD = .89$) signifikant seltener über kontroverse Themen diskutiert wird als in Medizin, Gesundheits- & Sportwissenschaften ($M = 2.37, SD = .79$), Geisteswissenschaften & Kunst ($M = 2.53, SD = .84$) sowie Sozialwissenschaften ($M = 2.64, SD = .88$). Auch Studierende der Ingenieurwissenschaften ($M = 2.04, SD = 1.05$) sowie der Rechts- & Wirtschaftswissenschaften ($M = 2.16, SD = .95$) nehmen weniger kontroverse Diskussionen wahr als Studierende der Geisteswissenschaften & Kunst sowie der Sozialwissenschaften (Abbildung 3).

Abbildung 3. Häufigkeit von kontroversen Diskussionen in den Lehrveranstaltungen verschiedener Fächergruppen im Sommer 2023



Anmerkungen. $N = 875$ (Häufigkeit von kontroversen Diskussionen). Frage: „Und wie häufig kam es in einer Vorlesung oder einem Seminar Ihres Hauptfachs bereits zu einer kontroversen Diskussion, zum Beispiel zu den bereits erwähnten Themen?“

Im Gegensatz dazu lassen sich bei der Redebereitschaft keine signifikanten Unterschiede zwischen den Fächergruppen feststellen ($M = 2.39$ bis $M = 2.57$; $F(5, 664) = 1.612$, $p = .154$, $N = 670$). Dies bedeutet: In den Fächergruppen wird zwar unterschiedlich häufig diskutiert, aber wenn, dann beteiligt sich ein ähnlicher Anteil Studierender.

4.3 Einflüsse auf die Wahrnehmung von Meinungsfreiheit

Um zu überprüfen, welche persönlichen Merkmale die Wahrnehmungen von Meinungsfreiheit beeinflussen, wurden lineare blockweise Regressionen durchgeführt. Das hier betrachtete Regressionsmodell 4 ist signifikant ($F(17, 818) = 22.017$, $p < .001$, $f^2 = .429$; $N = 836$) und erklärt 30,0 % der Varianz (korr. R^2). Die Robustness-Checks erbringen im Hinblick auf die Struktur der einflussreichen Prädiktoren keine wesentlich anderen Ergebnisse, einzelne Differenzen werden unten erwähnt (siehe auch Anhang D auf OSF).

Den größten Einfluss haben die allgemeinen politischen Prädispositionen der Studierenden. Sie tragen 13,6 % zur erklärten Varianz bei. Während die Politikverdrossenheit die Wahrnehmung der Meinungsfreiheit nicht signifikant beeinflusst, findet sich sowohl für die politische Orientierung ($\beta = .216$; $p < .001$) als auch (in allen Modellen mit Imputation) für die Demokratiezufriedenheit ($\beta = -.078$, $p = .021$) ein entsprechender Einfluss: Studierende, die sich auf der Links-Rechts-Skala weiter rechts einordnen, und solche, die unzufrieden mit der Demokratie sind, nehmen die Meinungsfreiheit auf dem Campus als einge-

schränkter wahr. Die politische Orientierung übt den stärksten Einfluss aller Merkmale aus.

Ebenfalls einen signifikanten Effekt haben Befürchtungen der Studierenden vor negativen Reaktionen ihres akademischen Umfelds. Dies zeigt sich sowohl für mögliche (soziale) Sanktionen durch Mitstudierende ($\beta = .112, p = .010$) als auch durch Lehrende ($\beta = .193, p < .001$). Je mehr die Studierenden Sanktionen erwarten, desto eingeschränkter empfinden sie die Meinungsfreiheit auf dem Campus. Der Block zu Sanktionsängsten erklärt zusätzlich 7,1 % der Varianz, und Befürchtungen im Hinblick auf die Lehrenden stellen den zweitstärksten Einflussfaktor dar.

Einen deutlich geringeren Einfluss haben Parteipräferenzen (Änderung korr. $R^2 = .032$). Hierbei zeigt sich nur für Bündnis 90/Die Grünen ein signifikanter Effekt ($\beta = -.136, p < .001$). Demnach schätzen Studierende, die die Grünen wählen würden, die Meinungsfreiheit auf dem Campus etwas positiver ein. Frühere Studien, die einen signifikant negativen Einfluss einer AfD-Präferenz auf die Wahrnehmung der Meinungsfreiheit in der Gesamtbevölkerung belegten, konnten in dieser Stichprobe nicht repliziert werden. Mögliche Ursachen dafür diskutieren wir unten.

Daneben spielen auch politische Kongruenz-Wahrnehmungen eine Rolle für die Einschätzung der Meinungsfreiheit. Sie tragen zusätzlich 2,5 % zur erklärten Varianz bei. Zumindest für die politische Kongruenz mit Mitstudierenden findet sich ein signifikanter Effekt, der nur in einzelnen Modellen mit Imputation und Gewichtung nicht erkennbar ist: Je größer die wahrgenommene Übereinstimmung, desto positiver wird die Meinungsfreiheit auf dem Campus beurteilt ($\beta = -.107, p = .004$). Die politische Kongruenz mit den Lehrenden spielt dagegen keine Rolle.

Schließlich ergeben sich auch signifikante Effekte der Kontrollvariablen: Studierende mit höherem politischen Interesse ($\beta = .159, p < .001$) und männliche Studierende nehmen die Meinungsfreiheit auf dem Campus negativer wahr ($\beta = -.082, p < .010$). Das Alter hat dagegen keinen signifikanten Effekt. Die Kontrollvariablen erklären insgesamt 5 % der Varianz.

Die Tabelle basiert auf Modell 4 mit Gewichtung und Mittelwert-Imputation. Der Effekt der Demokratiezufriedenheit ist in allen Modellen mit Imputation signifikant, der Effekt der politischen Kongruenz mit Mitstudierenden in fünf Modellen mit Gewichtung und Imputation nicht signifikant (Anhang D auf OSF).

Tabelle 1. Einflüsse auf die Wahrnehmung universitärer Meinungsfreiheit durch Studierende (Modell 4)

Regressionskoeffizienten	β	SE	KI (95 %)		p
			UG	OG	
<i>Kontrollvariablen</i>					
Alter	-.019	.007	-.019	.010	.520
Geschlecht**	-.082	.076	-.347	-.048	.010
Politisches Interesse***	0.159	.030	.061	.178	<.001
Änderung in R ²	.050				
<i>Block 1: Politische Prädispositionen</i>					
Politische Orientierung***	.216	.026	.091	.193	<.001
Politikverdrossenheit	.010	.052	-.090	.114	.818
Demokratiezufriedenheit*	-.078	.062	-.265	-.021	.021
Änderung in R ²	.136				
<i>Block 2: Parteipräferenz</i>					
Parteipräferenz: CDU/CSU	-.010	.139	-.311	.233	.778
Parteipräferenz: Grüne***	-.136	.105	-.564	-.151	<.001
Parteipräferenz: AfD	.032	.215	-.230	.614	.371
Parteipräferenz: SPD	.009	.126	-.215	.278	.799
Parteipräferenz: FDP	.003	.158	-.296	.323	.934
Parteipräferenz: Die Linke	-.013	.158	-.369	.251	.709
Parteipräferenz: Nicht-Wahl	-.050	.204	-.724	.078	.114
Änderung in R ²	.032				
<i>Block 3: Politische Kongruenz</i>					
Kongruenz Studierende**	-.107	.032	-.154	-.029	.004
Kongruenz Lehrende	-.047	.035	-.115	.025	.205
Änderung in R ²	.025				
<i>Block 4: Sanktionen infolge von Meinungsäußerungen</i>					
Sanktionsangst Mitstudierende**	.112	.037	.023	.169	.010
Sanktionsangst Lehrende***	.193	.034	.087	.219	<.001
Änderung in R ²	.071				
R ² (korr.)	.300	F(17, 818) = 22.017			<.001
Effektstärke f ²	.429				

Anmerkungen. KI = Konfidenzintervall; UG = Untergrenze; OG = Obergrenze. Geschlecht: 1 = weiblich. Politische Orientierung: 1 = links bis 11 = rechts. $N = 843$. *** $p < .001$; ** $p < .01$; * $p \leq .05$.

4.4 Einflüsse auf die Beteiligung an Diskussionen über kontroverse Themen

Um zu prüfen, welche individuellen Merkmale die Redebereitschaft der Studierenden beeinflussen, wurden die gleichen Prädiktoren wie bei den vorherigen Analysen in die Modelle aufgenommen. Das hier betrachtete Regressionsmodell D ist als Ganzes signifikant ($F(17,613) = 8.494, p < .001, f^2 = .195$) und erklärt mit insgesamt 16,8 % (korr. R^2) deutlich weniger Varianz als die Modelle zur Wahrnehmung der Meinungsfreiheit. Aufgrund fehlender Werte basieren die Ergebnisse auf einer Fallzahl von $N = 613$ (Tabelle 2). Die Robustness-Checks erbringen im Hinblick auf die Struktur der einflussreichen Prädiktoren einzelne Differenzen, die unten erwähnt werden (siehe auch Anhang D auf OSF).

Politische Prädispositionen erklären nur 3 % der Varianz (Änderung in R^2). Dabei hat die Politikverdrossenheit einen signifikant negativen Einfluss und erweist sich als stärkster Einflussfaktor: Politikverdrossene Studierende beteiligen sich demnach seltener an Diskussionen über kontroverse Themen ($\beta = -.201, p < .001$). Rechts-Links-Orientierung und Demokratiezufriedenheit haben dagegen anders als bei der Wahrnehmung der Meinungsfreiheit keinen signifikanten Effekt.

Die Parteipräferenzen leisten mit 3,1 % ebenfalls einen geringen Beitrag zur Varianzaufklärung. Dabei zeigt sich, dass Studierende mit einer Präferenz für die AfD eine signifikant höhere Redebereitschaft aufweisen ($\beta = .137, p = .003$). Dies gilt auch für Studierende, die die SPD ($\beta = .123, p = .008$) oder die Linke ($\beta = .090, p = .044$) unterstützen. Allerdings sind die letztgenannten Effekte nicht völlig robust. Bei den übrigen Parteien zeigt sich kein Einfluss auf die Redebereitschaft.

Anders als bei der Wahrnehmung der Meinungsfreiheit haben die politische Kongruenz mit Mitstudierenden und Lehrenden keinen signifikanten Einfluss auf die Redebereitschaft (Änderung $R^2 = .001$; Mitstudierenden: $\beta = -.035, p = .469$; Lehrenden: $\beta = -.007, p = .892$). Als einflussreich und völlig robust erweisen sich allerdings die Sanktionsängste gegenüber Mitstudierenden. Studierende, die mehr Sanktionen durch ihre Kommilitonen befürchten, beteiligen sich seltener an universitären Diskussionen über kontroverse Themen ($\beta = -.152, p = .005$). Dagegen sind die Befunde für die befürchteten Sanktionen durch Lehrende nicht über alle Modelle hinweg stabil. Wie im hier fokussierten Modell ($\beta = .086, p = .102$) zeigt sich in den Modellen mit Gewichtung durchweg kein signifikanter Einfluss und in den Modellen ohne Gewichtung auch nicht in allen Fällen. Es handelt sich also nicht um einen robusten Befund.

Als einflussreich erweisen sich zudem die Kontrollvariablen, die weitere 11,5 % der Varianz erklären: Je höher das politische Interesse, desto eher beteiligen sich Studierende an Diskussionen ($\beta = .185, p < .001$). Für das Geschlecht konnten keine Effekte nachgewiesen werden, das Alter übt nur in Modellen ohne Imputation einen Einfluss aus, der deshalb hier nicht als robust angesehen und nicht weiter interpretiert wird.

Die meisten der beschriebenen Befunde sind robust: Die signifikanten Zusammenhänge bleiben sowohl in den ungewichteten Daten als auch unabhängig von den Mittelwertimputationen bestehen. Insbesondere die Politikverdrossenheit, die Unterstützung der AfD, die Kongruenz mit Mitstudierenden und das politische Interesse konnten in den verschiedenen Modellen als signifikante Prädiktoren identifiziert werden. Der Einfluss der Präferenz für die SPD ist über die Modelle hinweg weniger stabil und sollte deshalb vorsichtiger interpretiert werden.

Tabelle 2. Einflüsse auf die persönliche Redebereitschaft Studierender (Modell D)

Regressionskoeffizienten	β	SE	KI (95 %)		p
			UG	OG	
Kontrollvariablen					
Alter	.072	.008	.000	.031	.057
Geschlecht	.071	.081	-.016	.301	.079
Politisches Interesse***	.185	.032	.056	.181	<.001
Änderung in R^2	.119				
<i>Block 1: Politische Prädispositionen</i>					
Politische Orientierung	.052	.027	-.026	.080	.315
Politikverdrossenheit***	-.201	.053	-.309	-.102	<.001
Demokratiezufriedenheit	.002	.062	-.120	.125	.964
Änderung in R^2	.030				
<i>Block 2: Parteipräferenz</i>					
Parteipräferenz: CDU/CSU	-.004	.142	-.292	.265	.924
Parteipräferenz: Grüne	.010	.112	-.197	.243	.838
Parteipräferenz: AfD**	.137	.211	.210	1.040	.003
Parteipräferenz: SPD**	.123	.130	.090	.600	.008
Parteipräferenz: FDP	.049	.163	-.136	.503	.260
Parteipräferenz: Die Linke*	.090	.157	.009	.627	.044
Parteipräferenz: Nicht-Wahl	-.026	.229	-.602	.296	.504
Änderung in R^2	.031				
<i>Block 3: Politische Kongruenz</i>					
Kongruenz Studierende	-.035	.034	-.090	.042	.469
Kongruenz Lehrende	-.007	.036	-.076	.066	.892
Änderung in R^2	.001				
<i>Block 4: Sanktionen infolge von Meinungsäußerungen</i>					
Sanktionsangst Mitstudierende**	-.152	.037	-.176	-.032	.005
Sanktionsangst Lehrende	.086	.032	-.010	.117	.102
Änderung in R^2	.011				
R^2 (korr.)	.168	$F(17, 613) = 8.494$			<.001
Effektstärke f^2	.202				

Anmerkungen. KI = Konfidenzintervall; UG = Untergrenze; OG = Obergrenze. Geschlecht: 1 = weiblich. Politische Orientierung: 1 = links bis 11 = rechts. $N = 631$. *** $p < .001$; ** $p < .01$; * $p \leq .05$.

Die Tabelle basiert auf Modell D mit Gewichtung und Mittelwert-Imputation. Der Effekt der Parteipräferenz für die SPD ist nur in Modellen mit Imputation und Gewichtung, der Effekt der Parteipräferenz für die Linke nur in Modellen mit Imputation und der Effekt des Alters nur in Modellen ohne Imputation signifikant. Effekte der Sanktionsangst vor Lehrenden waren nur in Modellen ohne Gewichtung festzustellen (Anhang D auf OSF).

5. Diskussion und Limitationen

Wie nehmen Studierende die Situation der Meinungsfreiheit an deutschen Universitäten wahr? Wie intensiv beteiligen sie sich dort an Diskussionen über kontroverse Themen? Und welchen Einfluss haben Merkmale wie politische Einstellungen, politische Kongruenz und die Furcht vor den Reaktionen von Mitstudierenden und Lehrenden auf ihre Wahrnehmungen und ihr Verhalten? Vor dem Hintergrund einer intensiven öffentlichen Debatte sowie erster, kontrovers diskutierter Befunde (Revers & Traunmüller, 2020; Traunmüller & Revers, 2021) beschäftigte sich die vorliegende Studie mit diesen bislang nicht auf breiter Basis untersuchten Fragen. Die Befunde lassen sich wie folgt zusammenfassen:

(1) Die weit überwiegende Mehrheit der Studierenden, je nach konkreter Fragestellung etwa zwei Drittel bis drei Viertel, sieht die Meinungsfreiheit auf dem Campus durchaus gewährleistet. Gleichzeitig nimmt die überwiegende Mehrheit ein Klima wahr, in dem Diskriminierung nicht toleriert wird. Demgegenüber steht eine Minderheit von – je nach konkreter Fragestellung – etwa einem Fünftel der Studierenden, die die Meinungsfreiheit in ihrem Hauptfach kritischer sehen. Zudem erkennen viele Studierende „ungeschriebene Gesetze“, gegen die man nicht verstoßen sollte. Allerdings lässt sich aufgrund der Fragestellungen nicht genauer konkretisieren, ob sich die „ungeschriebenen Gesetze“ auf wissenschaftliche oder gesellschaftliche bzw. politische Sachverhalte beziehen.

(2) Im Hinblick auf die Wahrnehmung universitärer Meinungsfreiheit zeigen sich keine Differenzen zwischen den Studierenden verschiedener Fächergruppen. Dies widerspricht der Annahme (z. B. Revers & Traunmüller, 2020), dass die Meinungsfreiheit in Fächern als eingeschränkter wahrgenommen wird, in denen häufiger über kontroverse gesellschaftliche Themen diskutiert wird, wie etwa in den Sozialwissenschaften (siehe unten).

(3) Trotz des Anspruchs von Universitäten, Orte des freien Austauschs über gesellschaftlich relevante Themen zu sein, kommt es nach Einschätzung der Studierenden im Durchschnitt aller Fächergruppen nur ab und zu zu kontroversen Diskussionen in Lehrveranstaltungen. Allerdings zeigen sich deutliche Unterschiede zwischen den Fächergruppen: So finden in Mathematik, den Natur- & Agrarwissenschaften, den Ingenieurwissenschaften sowie den Rechts- & Wirtschaftswissenschaften seltener kontroverse Debatten statt als in Geisteswissenschaften & Kunst sowie den Sozialwissenschaften. Hinsichtlich der Redebereitschaft unterscheiden sich die Fächergruppen jedoch kaum voneinander: Die meisten Studierenden sind eher zurückhaltend. Während knapp jeder zweite Studierende bei kontroversen Diskussionen – so sie denn stattfinden – immer oder fast immer schweigt, bringt sich nur knapp ein Fünftel oft oder immer ein.

(4) Die Einflüsse auf die beiden hier im Zentrum stehenden Aspekte akademischer Meinungsfreiheit fallen – anders als erwartet – recht unterschiedlich aus. Zum einen lässt sich die Wahrnehmung der universitären Meinungsfreiheit durch die einbezogenen Merkmale der Studierenden sehr viel besser erklären als die individuelle Redebereitschaft. Das bedeutet, dass die Beteiligung an Diskussionen in Seminaren und Vorlesungen in noch stärkerem Maße durch Charakteristika der Studierenden geprägt wird, die wir hier nicht berücksichtigt haben. Zum anderen

unterscheiden sich auch die Muster der Einflüsse, was darauf hindeutet, dass man die Wahrnehmung universitärer Meinungsfreiheit nicht mit der individuellen Redebereitschaft gleichsetzen darf.

(5) Was die Erklärungsfaktoren angeht, haben sich unsere Annahmen nur zum Teil bestätigt. So wird die Wahrnehmung der Meinungsfreiheit in erster Linie durch politische Einstellungen beeinflusst, darunter die politische Orientierung, die Demokratiezufriedenheit und die Parteipräferenz. Während sich die Mehrheit der Studierenden eher im politisch linken Spektrum bewegt, nehmen Studierende, die sich politisch weiter rechts verorten, stärkere Einschränkungen wahr. Dies entspricht den Befunden von Rothut et al. (2023) und Unzicker (2018) für die Gesamtbevölkerung in Deutschland. Stärkere Einschränkungen werden auch von Studierenden wahrgenommen, die unzufriedener mit der Demokratie sind, womit sich der von Quiring et al. (2020) festgestellte Zusammenhang zwischen wahrgenommenen Sprechverboten und Demokratiezufriedenheit auf den Campus übertragen lässt. Zum anderen nehmen Studierende mit einer Präferenz für Bündnis 90/Die Grünen weniger Einschränkungen wahr, wohingegen sich Präferenzen für andere Parteien nicht systematisch auswirken – auch nicht im Fall der AfD. Daneben führt, wie angenommen, die Furcht vor negativen Reaktionen von Lehrenden und Mitstudierenden auf eigene Meinungsäußerungen zu einer verstärkten Wahrnehmung eingeschränkter Meinungsfreiheit. Und schließlich wirkt sich auch eine stärkere politische Kongruenz bzw. Inkongruenz mit dem akademischen Umfeld auf die wahrgenommene Meinungsfreiheit aus – allerdings nur im Hinblick auf Mitstudierende: Nehmen Studierende hier eine höhere politische Ähnlichkeit wahr, sehen sie auch weniger Probleme mit der Meinungsfreiheit. Für die Lehrenden zeigt sich dieser Einfluss hingegen nicht.

Bemerkenswerterweise spielt Politikverdrossenheit, die Rothut et al. (2023) als stärksten Prädiktor für die wahrgenommene Meinungsfreiheit identifizierten, im Falle der Studierenden und ihrer Beurteilung der Meinungsfreiheit auf dem Campus keine signifikante Rolle. Hinsichtlich der Kontrollvariablen zeigt sich, dass politisch interessierte Studierende die Meinungsfreiheit als eingeschränkter wahrnehmen (ähnlich bei Rothut et al., 2020). Möglicherweise führen sie häufiger Gespräche über politische Themen und werden öfter mit konträren Positionen konfrontiert.

(6) Die aktive Teilnahme an kontroversen Diskussionen lässt sich nur zum Teil durch die gleichen Faktoren erklären wie die Wahrnehmung der universitären Meinungsfreiheit. Der stärkste Einfluss geht hier von der Politikverdrossenheit aus, wobei sich politikverdrossenere Studierende seltener an Diskussionen beteiligen. Vermutlich sind sie eher resigniert und sehen weniger Sinn darin, sich an politischen Debatten zu beteiligen. Demgegenüber beteiligen sich politisch interessierte Studierende häufiger an kontroversen Diskussionen. Dies könnte auf eine höhere Motivation oder fundiertere Positionen zurückzuführen sein, die hier nicht weiterführend untersucht werden konnten. Anders als bei der Wahrnehmung der Meinungsfreiheit haben die politische Orientierung, die Demokratiezufriedenheit, die politische Kongruenz sowie das Geschlecht keinen Einfluss auf die Redebereitschaft. Allerdings reduzieren Ängste vor Sanktionen durch Mitstudierende die Bereitschaft, an Diskussionen teilzunehmen. Ängste vor Sanktionen durch Lehrende

spielen in diesem Kontext dagegen keine Rolle. Damit kann eine der zentralen Annahmen der Theorie der Schweigespirale (Noelle-Neumann, 1974), zumindest in Teilen, gestützt und bisherige vergleichbare Befunde (Matthes et al., 2018; Neubaum & Krämer, 2018) auf den Universitätskontext ausgeweitet werden.

Etwas überraschender fällt der Einfluss der Parteipräferenzen aus: Studierende mit Präferenzen für AfD – und tendenziell auch für SPD und Linke –, die also gerade nicht zur stärksten Gruppe der Bündnis 90/Die Grünen-Anhängerschaft gehören, beteiligen sich nach eigenen Angaben besonders häufig an kontroversen Debatten. Dies könnte dafür sprechen, dass diese Studierenden ein besonderes Interesse haben, dass auch ihre Positionen in den Diskussionen vertreten sind, und es sich bei ihren Meinungsäußerungen in diesem Sinne um „corrective action“ (Wintterlin et al., 2021) handelt, die von Mitgliedern eines „harten Kerns“ und „Avantgardisten“ (Noelle-Neumann, 1980, S. 200) bzw. eines „fish-out-of-water“ (Norris, 2023) ausgeübt wird. Somit liegt der Schluss nahe, dass Meinungsäußerung dann nicht trotz, sondern gerade wegen der Wahrnehmung stattfindet, dass man sich in der Minderheit befinde. Allerdings gilt es hier zu berücksichtigen, dass die politische Kongruenz als solche keinen signifikanten Einfluss auf die Redebereitschaft hat. Es ist also nicht eindeutig, ob die höhere Beteiligung von Studierenden, die mit AfD, SPD oder Der Linken sympathisieren, tatsächlich durch wahrgenommene Mehr- oder Minderheitspositionen zu erklären ist. Zudem handelt es sich um schwache Effekte, weshalb der Einfluss der Parteipräferenzen nicht überinterpretiert werden sollte.

Die recht geringe Erklärungskraft der politischen Prädiktoren lässt mögliche Schweigespiraleffekte unwahrscheinlich erscheinen und den Schluss zu, dass für die Redebereitschaft stabilere individuelle Prädispositionen eine entscheidendere Rolle spielen. Darunter könnten Persönlichkeitsmerkmale wie Extrovertiertheit und Selbstbewusstsein fallen. Beteiligen sich Studierende selten an Diskussionen, könnte dies unter anderem auch daran liegen, dass sie insgesamt dazu neigen, ihre eigene Meinung tendenziell eher zurückzuhalten (Hayes et al., 2005) oder Angst davor haben, falsch zu liegen (Stevens & Haidt, 2018b). Eine stärkere Beteiligung könnte hingegen mit einer hohen Motivation oder Leistungsorientierung assoziiert sein, wenn man annimmt, dass Studierende glauben, auch mit Beiträgen zu kontroversen Themen einen guten Eindruck bei Lehrenden und/oder Mitstudierenden hinterlassen zu können.

Die Befunde ermöglichen nach unserem Kenntnisstand erstmals Einblicke in die wahrgenommene Meinungsfreiheit sowie Redebereitschaft an deutschen Universitäten aus Studierendenperspektive und zeigen relevante Einflussfaktoren auf. Dennoch unterliegt die vorliegende Studie einigen Limitationen. So fand die Datenerhebung über ein Online-Access-Panel statt; es handelt sich also nicht um eine Zufallsstichprobe. Die Selbstselektion der Teilnehmenden hat vermutlich zu Über- bzw. Unterrepräsentation bestimmter Gruppen von Studierenden beigetragen (Taddicken, 2013). Auch ist denkbar, dass Studierende, die eine hohe Politikverdrossenheit aufweisen oder sich an den politischen Extremen verorten, nicht Teil des Panels sind (Merkley, 2020). Da eine echte Zufallsstichprobe nicht mit vertretbarem Aufwand herzustellen war, eine aufwändige Gewichtung realisiert wurde und die Stichprobe in vielen weiteren Merkmalen (z. B. regionale Verteilung,

politische Einstellungen auch nach Fächern) die Grundgesamtheit gut zu repräsentieren scheint, sind wir dennoch davon überzeugt, dass unsere Analyse vor allem im Hinblick auf die Zusammenhangsanalysen aussagekräftige Ergebnisse liefert.

Eine weitere Limitation besteht darin, dass bei einigen für die Analyse wichtigen Merkmalen eine nicht unerhebliche Zahl fehlender Werte zu beobachten war. Obwohl die Ursachen dafür nicht ohne Weiteres zu klären sind, kann man vermuten, dass sich manche Studierende hier schlicht kein Urteil zutrauten – etwa über die politischen Einstellungen von Mitstudierenden und Lehrenden. Ebenfalls kann man vermuten, dass dies vor allem bei Studierenden in bestimmten Fächern oder mit bestimmten weiteren Merkmalen der Fall war (z. B. Studierenden mit geringem politischem Interesse oder Wissen). Allerdings stand die Aufklärung dieser Fragen nicht im Mittelpunkt des Beitrags und wir haben möglichen Effekten auf die Analysen mit unseren Robustness-Checks umfassend Rechnung getragen.

Des Weiteren sind trotz einer recht hohen Fallzahl manche analytisch interessanten Gruppen sehr klein. Dies trifft etwa für die Studierenden mit einer Präferenz für die AfD zu ($n = 29$). Zudem handelt es sich um eine Querschnittsbefragung, sodass Aussagen über die kausale Richtung von Zusammenhängen auf (plausiblen) theoretischen Annahmen basieren und nicht qua Untersuchungsdesigns getroffen werden können. Außerdem bleibt zu betonen, dass die vorgenommene Gewichtung Verzerrungen zwar reduzieren kann, aber Verzerrungen in den Daten vorliegen können (Arzheimer, 2009; Sand & Kunz, 2020).

Hinsichtlich der abhängigen Konstrukte muss darauf hingewiesen werden, dass sich die Frage zur Redebereitschaft lediglich auf Lehrveranstaltungen bezieht und damit Diskussionen, die darüber hinaus auf dem Campus stattfinden, nicht miteinschließt. Zudem wurde die Toleranz Studierender gegenüber spezifischen Situationen und Positionen im Hochschulkontext, die ebenfalls erhoben wurde, aufgrund der inhaltlichen Fokussierung des Beitrags nicht berücksichtigt (dazu Diehl et al., 2025). Des Weiteren geht diese Studie weder auf den Zusammenhang zwischen der Wahrnehmung der Meinungsfreiheit und der Redebereitschaft noch auf die Kausalrichtungen zwischen diesen Konstrukten und den einzelnen Prädiktoren ein. Zum Beispiel bleibt offen, ob das Gefühl politischer Inkongruenz zu Mitstudierenden dazu führt, die Meinungsfreiheit als eingeschränkter zu betrachten, oder erst die Wahrnehmung von Einschränkungen auf dem Campus das Gefühl von politischer Inkongruenz hervorruft. Ebenso wie Rothut et al. (2023) verweisen auch wir auf die Notwendigkeit längsschnittlicher (Panel-)Studien in diesem Bereich.

Hinsichtlich der Angst vor Sanktionen ist anzumerken, dass der hier verwendete Summenindex ein eher grober Indikator für mögliche Effekte befürchteter Sanktionen ist. Denn weder können wir differenzieren, wie häufig die jeweiligen Sanktionen befürchtet werden, noch wie groß die Befürchtungen sind, die diese auslösen. Wir können deshalb auch nicht differenzieren, welche möglichen Sanktionen als besonders schlimm empfunden werden und sich deshalb möglicherweise besonders stark auf die Wahrnehmung der Meinungsfreiheit und die Redebereitschaft auswirken.

Zuletzt bleibt anzumerken, dass neben individuellen Merkmalen auch weitere Faktoren die Wahrnehmung der Meinungsfreiheit auf dem Campus beeinflussen können (Norris, 2023; Rothut et al., 2023). Beispiele hierfür sind medial vermittelte Eindrücke (z. B. Meltzer, 2017) sowie institutionelle oder gesellschaftliche Strukturen, die das Urteil über die Meinungsfreiheit an Universitäten ebenfalls prägen könnten. Weiterführende Forschung sollte das Thema daher nicht nur auf Individualebene betrachten, sondern auch Meso- und Makrofaktoren sowie alternative theoretische Perspektiven einbeziehen, um ein umfassenderes Verständnis der Meinungsfreiheit auf dem Campus zu erlangen.

Diese Studie leistet trotz der genannten Einschränkungen einen Beitrag zur Debatte um Meinungsfreiheit an deutschen Universitäten. Gerade im Kontext des Nahostkonflikts bleibt dieses Thema relevant (dazu etwa Amitay et al., 2025; Eikmanns & Çay 2024; Grimm et al., 2025; Schieritz & Scholz, 2024). Vor dem Hintergrund aktueller Debatten (Eppelsheim, 2022; Mansour, 2023; ZEIT-Stiftung, 2024) und der Befunde dieser Studie wird deutlich, dass einerseits die empirische Untersuchung wahrgenommener Meinungsfreiheit an Universitäten von zentraler Bedeutung ist und andererseits das Führen konstruktiver universitärer Debatten aktiv gefördert werden sollte (Haake, 2021). Eine wahrgenommene Einschränkung der Meinungsfreiheit sowie geringe Redebereitschaft aufgrund befürchteter Sanktionen könnten zur Folge haben, dass intellektueller Fortschritt verhindert wird (Zhou & Barbaro, 2023) und sich Studierende an Universitäten nicht mehr wohl und zugehörig fühlen. Erste Ansatzpunkte zur Verbesserung der Debattenkultur liefern in diesem Zusammenhang Scott-Baumann und Perfect (2021). Auch qualitative Forschungsdesigns könnten weiteren Aufschluss darüber geben, warum Menschen sich (nicht) an politischen Diskussionen beteiligen und was sie überhaupt unter Meinungsfreiheit verstehen. Daraus können Maßnahmen zur Förderung einer akademischen Debattenkultur abgeleitet werden, die Universitäten als zentrale Orte gesellschaftlichen Diskurses neu positionieren.

Erklärung zum Einsatz generativer KI

(Generative) Künstliche Intelligenz wurde bei der Erstellung des Manuskripts oder der statistischen Analyse nicht verwendet. Allein Abbildung 1 wurde mit claude.ai grafisch überarbeitet.

Anhang

Der Anhang auf OSF ist über den folgenden Link abrufbar: <https://osf.io/cwkggt/overview>.

Literaturverzeichnis

- Amitay, G., Asraf, K., Elisha, E., Farber, S., Peleg-Koriat, I., & Yaron-Antar, A. (2025). Freedom of expression in Israeli campuses and social media during the war with Hamas. *Journal of Higher Education Policy and Management*, 48(1), 37–56. <https://doi.org/10.1080/1360080X.2025.2535028>

- Armingeon, K. (2001). *Fachkulturen, soziale Lage und politische Einstellungen der Studierenden der Universität Bern*. Universität Bern.
- Arzheimer, K. (2009). Gewichtungsvariation. In H. Schoen, H. Rattinger & O. Gabriel (Hrsg.), *Vom Interview zur Analyse* (S. 361–388). Nomos.
- Barendt, E. (2010). *Academic freedom and the law: A comparative study*. Hart Publishing.
- Bar-Tal, D. (2017). Self-censorship as a socio-political-psychological phenomenon: Conception and research. *Advances in Political Psychology*, 38(S1), 37–65. <https://doi.org/10.1111/pops.12391>
- Baumeister, R. F., & Leary, M. R. (1995). The need to belong: Desire for interpersonal attachments as a fundamental human motivation. *Psychological Bulletin*, 117(3), 497–529. <https://doi.org/10.1037/0033-2909.117.3.497>
- Beierlein, C., Kemper, C. J., Kovaleva, A., & Rammstedt, B. (2014). *Political efficacy Kurzsкала (PEKS)*. ZIS. Open Access Repositorium für Messinstrumente. GESIS Leibniz Institut für Sozialwissenschaften. <https://doi.org/10.6102/ZIS34>
- Berman, R. A. (2022). Inklusivität und die Grenzen der Wissenschaftsfreiheit: Zur Wiederkehr der »repressiven Toleranz«. In S. Kostner (Hg.), *Wissenschaftsfreiheit. Warum dieses Grundrecht zunehmend umkämpft ist* (S. 221–241). Nomos. <https://doi.org/10.5771/9783748928058>
- Breuer, I. (2019, 21. Februar). Meinungsfreiheit. Wo die Grenzen des Sagbaren liegen [Audio-podcast-episode]. In *Deutschlandfunk – Aus Kultur- und Sozialwissenschaften*. Deutschlandfunk. <https://www.deutschlandfunk.de/meinungsfreiheit-wo-die-grenzen-des-sagbaren-liegen-100.html>
- Burnett, A., Knighton, D., & Wilson, C. (2022). The self-censoring majority: How political Identity and ideology impacts willingness to self-censor and fear of isolation in the United States. *Social Media + Society*, 8(3). <https://doi.org/10.1177/20563051221123031>
- Cialdini, R. B., & Goldstein, N. J. (2004). Social influence: Compliance and conformity. *Annual Review of Psychology*, 55, 591–621. <https://doi.org/10.1146/annurev.psych.55.090902.142015>
- Cook, P., & Heilmann, C. (2013). Two types of self-censorship: Public and private. *Political Studies*, 61(1), 178–196. <https://doi.org/10.1111/j.1467-9248.2012.00957.x>
- Decker, F., Best, V., Fischer, S., & Küppers, A. (2019). *Vertrauen in Demokratie. Wie zufrieden sind die Menschen in Deutschland mit Regierung, Staat und Politik?* Friedrich-Ebert-Stiftung. <https://library.fes.de/pdf-files/fes/15621-20190822.pdf>
- Diehl, C., Revers, M., Traunmüller, R., Weidmann, N., & Wuttke, A. (2025). Students' motives for restricting academic freedom: Viewpoint discrimination and prosocial concerns. *PNAS*, 122(47). <https://doi.org/10.1073/pnas.2503804122>
- Döbele, C., Engels, J. N., Heinrich, R., Loew, N., Schläger, C., Simon, A. M., & Vitt, A.-K. (2023). *Krisenerwachen. Wie blicken junge Wähler:innen auf Politik, Parteien und Gesellschaft?* Friedrich-Ebert-Stiftung. <https://library.fes.de/pdf-files/a-p-b/20355.pdf>
- Eikmanns, F., & Çay, Y. E. (2024, 30. Mai). Propalästina-Proteste an deutschen Unis. Wo endet die Meinungsfreiheit? *taz*. Abgerufen am 21. August 2024 von <https://taz.de/Propalaestina-Proteste-an-deutschen-Unis!/6012172/>
- Eppelsheim, P. (2022, 3. Juli). Cancel Culture an der Uni. Der Gesinnungsterror linker Aktivisten. *Frankfurter Allgemeine Zeitung*. Abgerufen am 3. Januar 2024 von <https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/linke-aktivisten-verhindern-vortrag-ueber-gen-der-an-humboldt-uni-18147133.html>
- Erich, N. (2020, 12. November). Meinungsfreiheit an Universitäten. Die Uni ist nichts für Schneeflockchen. *Zeit Online*. Abgerufen am 3. Januar 2024 von <https://www.zeit.de/kultur/2020-11/meinungsfreiheit-universitaeten-studie-cancel-culture-gesellschaft>

- Eßer, A. (2023). *Studentische Fachkulturen: Lebensstile und politische Dispositionen. Eine Untersuchung der Studienfächer Rechtswissenschaft, VWL, BWL, Sozialwissenschaften, Philosophie, Mathematik und Biologie*. Barbara Budrich.
- Freedom House (2023). *Freedom in the world 2023. Germany*. Freedom House. Abgerufen am 11. Januar 2024 von <https://freedomhouse.org/country/germany/freedom-world/2023>
- GESIS (o. D.). *Links-Rechts Orientierung*. GESIS Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften. Abgerufen am 28. Januar 2024 von <https://www.gesis.org/angebot/daten-aufbereiten-und-analysieren/question-link/links-rechts-orientierung>
- Garton Ash, T. (2016). *Free speech: Ten principles for a connected world*. Yale University Press.
- Gibson, J. L., & Sutherland, J. L. (2023). Keeping your mouth shut: Spiraling self-censorship in the United States. *Political Science Quarterly*, 138(3), 361–376. <https://doi.org/10.1093/psquar/qqad037>
- Grewenig, E., Lergetporer, P., Simon, L., Werner, K., & Woessmann, L. (2023). Can internet surveys represent the entire population? A practitioners' analysis. *European Journal of Political Economy*, 78. <https://doi.org/10.1016/j.ejpoleco.2023.102382>
- Grimm, J., Chojnacki, S., Moya Schreieder, N., El Ghoubashy, I., & Sixta, T. (2025). Deutsche Wissenschaft seit dem 7. Oktober: Selbstzensur und Einschränkungen unter Forschenden mit Nahostbezug. *Working Papers Peace & Conflict Research*, 2. Freie Universität Berlin. https://www.interact.fu-berlin.de/_media/WP202501_v0_7.pdf
- Haake, K. (2021). Meinungs- und Lehrfreiheit – Was müssen Hochschulen aushalten? Bericht über die Tagung des Vereins zur Förderung des deutschen und internationalen Wissenschaftsrechts e.V. am 24.06.2021. *Ordnung der Wissenschaft*, 4, 257–264.
- Hayes, A. F., Glynn, C. J., & Shanahan, J. (2005). Validating the willingness to self-censor scale: Individual differences in the effect of the climate of opinion expression. *International Journal of Public Opinion Research*, 17(4), 443–455. <https://doi.org/10.1093/ijpor/edh072>
- Heil, L. U. (2016). Politikverdrossenheit. In L. U. Heil (Hg.), *Gesättigte Demokratie. Ein marketingorientierter Alternativbegriff zur Politikverdrossenheit* (S. 133–214). Springer VS. https://doi.org/10.1007/978-3-658-14326-8_3
- Hillgruber, C. (2016). Die Meinungsfreiheit als Grundrecht der Demokratie: Der Schutz des demokratischen Resonanzbodens in der Rechtsprechung des BVerfG. *JuristenZeitung*, 71(10), 495–501. <http://www.jstor.org/stable/24768340>
- Hinz, T., Mozer, K., & Strauß, S. (2023). *Durchführbarkeit und Qualität von rapid response research (R3HighEd). Umfragen bei Studierenden in Deutschland*. Universität Konstanz.
- Hoppe, K., Klingenberg, D., Thompson, V. E., Trautmann, F., & Vorbrugg, A. (2018). Worüber wir reden, wenn wir mit jemandem nicht reden wollen. Zum Spannungsverhältnis von Rassismuskritik und Meinungsfreiheit an der Universität. *Movements. Journal for Critical Migration and Border Regime Studies*, 4(1), 167–177. <https://doi.org/10.64081/mvmnts-4.1-2509>
- Hübner, C., Eichhorn, J., Nicke, S., & Eilers, N. (2022). *(NACH-)Wahlanalyse: Wie haben junge Deutsche 2021 bei der Bundestagswahl gewählt?* Friedrich-Ebert-Stiftung. <https://library.fes.de/pdf-files/pbud/19475.pdf>
- Infratest dimap (2024). *ARD-DeutschlandTREND August 2024. Repräsentative Studie im Auftrag der ARD*. Infratest dimap. <https://www.infratest-dimap.de/umfragen-analysen/bundesweit/ard-deutschlandtrend/2024/august/>
- Jaster, R., & Keil, G. (2021). Wen sollte man nicht an die Universität einladen? In E. Özmen (Hg.), *Wissenschaftsfreiheit im Konflikt* (S. 141–159). J. B. Metzler. https://doi.org/10.1007/978-3-662-62892-8_9

- John, S. (2021). *böll.brief. Demokratie & Gesellschaft* #25. September 2021. *Analyse der Bundestagswahl 2021*. Heinrich Böll Stiftung. https://www.boell.de/sites/default/files/2021-10/BTW21_Analyse.pdf
- Joint Committee on Human Rights. (2018). *Freedom of speech in universities – Fourth report of session 2017–19 – Report, together with formal minutes relating to the report*. HC 589 HL PAPER 111. House of Commons and House of Lords. <https://publications.parliament.uk/pa/jt201719/jtselect/jtrights/589/589.pdf>
- Kinzelbach, K., Lindberg, S. I., & Lott, L. (2024). *Academic Freedom Index 2024 Update*. FAU Erlangen-Nürnberg and V-Dem Institute. <https://doi.org/10.25593/open-fau-405>.
- Knight Foundation & Ipsos (2022). *College student views on free expression and campus speech 2022: A look at key trends in student speech views since 2016*. A Knight Foundation-Ipsos study from the Knight Free Expression Research Series. Knight Foundation & Ipsos. <https://knightfoundation.org/reports/college-student-views-on-free-expression-and-campus-speech-2022/>
- Köcher, R. (2019). *Grenzen der Freiheit. Eine Dokumentation des Beitrags von Prof. Dr. Renate Köcher in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung Nr. 119 vom 23. Mai 2019*. Institut für Demoskopie Allensbach. https://www.ifd-allensbach.de/fileadmin/user_upload/FAZ_Mai2019_Meinungsfreiheit.pdf
- Kostner, S. (2022). Hochschulen in den 2020er-Jahren. Intellektuelle Vielfalt oder intellektuelle Lockdowns? In S. Kostner (Hg.), *Wissenschaftsfreiheit: Warum dieses Grundrecht zunehmend umkämpft ist* (S. 7–30). Nomos. <https://doi.org/10.5771/9783748928058>
- Lanius, D. (2020). Meinungsfreiheit und die kommunikative Strategie der Rechtspopulisten. In T. Schultz (Hg.), *Was darf man sagen? Meinungsfreiheit im Zeitalter des Populismus* (S. 75–112). Kohlhammer.
- Leiner, D. J. (2019). Too fast, too straight, too weird: Non-reactive indicators for meaningless data in Internet surveys. *Survey Research Methods*, 13(3), 229–248. <https://doi.org/10.18148/SRM/2019.V13I3.7403>
- Lindov, D. (2020). Teachers and politics. *European Journal of Political Economy*, 64. <https://doi.org/10.1016/j.ejpoleco.2020.101902>
- Mansour, A. (2023, 8. September). Universitäten im Spannungsfeld von Meinungsfreiheit und Aktivismus. *Jüdische Allgemeine*. <https://www.juedische-allgemeine.de/meinung/universitaeten-im-spannungsfeld-von-meinungsfreiheit-und-aktivismus/>
- Matthes, J., Knoll, J., & von Sikorski, C. (2018). The “spiral of silence” revisited: A meta-analysis on the relationship between perceptions of opinion support and political opinion expression. *Communication Research*, 45(1), 3–33. <https://doi.org/10.1177/0093650217745429>
- Meier, L. (2021). Eine soziologische Unschärferelation. Replik zum Aufsatz „Is Free Speech in Danger on University Campus? Some Preliminary Evidence from a Most Likely Case“ von Matthias Revers und Richard Traunmüller. *KZfSS Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 73, 129–135. <https://doi.org/10.1007/s11577-021-00736-0>
- Meltzer, C. E. (2017). *Medienwirkung trotz Erfahrung. Der Einfluss von direkter und medial vermittelter Erfahrung eines Ereignisses*. Springer VS. <https://doi.org/10.1007/978-3-658-15579-7>
- Menzner, J., & Traunmüller, R. (2023). Subjective freedom of speech: Why do citizens think they cannot speak freely? *Politische Vierteljahresschrift*, 64, 155–181. <https://doi.org/10.1007/s11615-022-00414-6>
- Merkley, E. (2020). Anti-intellectualism, populism, and motivated resistance to expert consensus. *Public Opinion Quarterly*, 84(1), 24–48. <https://doi.org/10.1093/poq/nfz053>

- Naughton, K. A., Eastman, N., & Perrino, N. (2017). *Speaking freely. What students think about expression at American colleges*. FIRE. Foundation for Individual Rights in Education. <https://www.fire.org/sites/default/files/2017/10/12154317/speaking-freely-2017-B-W.pdf>
- Neubauer, G., & Krämer, N. C. (2018). What do we fear? Expected sanctions for expressing minority opinions in offline and online communication. *Communication Research*, 45(2), 139–164. <https://doi.org/10.1177/0093650215623837>
- Noelle-Neumann, E. (1974). The spiral of silence. A theory of public opinion. *Journal of Communication*, 24(2), 43–51. <https://doi.org/10.1111/j.1460-2466.1974.tb00367.x>
- Noelle-Neumann, E. (1980). *Die Schweigespirale. Öffentliche Meinung – unsere soziale Haut*. Piper.
- Norris, P. (2023). Cancel culture: Myth or reality? *Political Studies*, 71(1), 145–174. <https://doi.org/10.1177/00323217211037023>
- Otto, L., & Bacherle, P. (2011). Politisches Interesse Kurzska (PIKS) – Entwicklung und Validierung. *Politische Psychologie*, 1(1), 19–35.
- Özmen, E. (2021). *Wissenschaftsfreiheit im Konflikt. Grundlagen, Herausforderungen und Grenzen*. J. B. Metzler.
- Petersen, T. (2020). *Forschungsfreiheit an deutschen Universitäten: Ergebnisse einer Umfrage unter Hochschullehrern. Kurzpräsentation*. Akademie der Konrad-Adenauer-Stiftung.
- Petersen, T. (2021a). *Das geistige Klima an Universitäten. Ergebnisse einer Online-Befragung von Hochschullehrern*. Institut für Demoskopie Allensbach.
- Petersen, T. (2021b). Die Mehrheit fühlt sich gegängelt. *Eine Dokumentation des Beitrags von Dr. Thomas Petersen in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung Nr. 136 vom 16. Juni 2021*. Institut für Demoskopie Allensbach. https://www.ifd-allensbach.de/fileadmin/kurzberichte_dokumentationen/FAZ_Juni2021_Meinungsfreiheit.pdf
- Quiring, O., Jakob, N., Schemer, C., Jakobs, I., & Ziegele, M. (2020). „Das wird man doch noch sagen dürfen...“ – Wahrgenommene Sprechverbote und ihre Korrelate. In N. Jakob, O. Quiring & M. Maurer (Hrsg.), *Traditionen und Transformationen des Öffentlichen* (S. 49–71). Springer VS. https://doi.org/10.1007/978-3-658-29321-5_3
- Revers, M., & Traunmüller, R. (2020). Is free speech in danger on university campus? Some preliminary evidence from a most likely case. *KZfSS Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 72, 471–497. <https://doi.org/10.1007/s11577-020-00713-z>
- Rothut, S., Sacher, A.-L., Strohmeier, R., & Reinemann, C. (2023). Meinungsfreiheit in Gefahr? Wie politische Einstellungen und individuelle Erfahrungen die Wahrnehmung der Meinungsfreiheit in Deutschland prägen. *Studies in Communication and Media*, 12(1), 48–86. <https://doi.org/10.5771/2192-4007-2023-1-48>
- Sacher, A., & Reinemann, C. (2025). What is freedom of speech? How citizens define and perceive the ‘Bulwark of Liberty’. *The International Journal of Press/Politics*. <https://doi.org/10.1177/19401612251388182>
- Sachs, J. A. (2018, 16. März). The ‘campus free speech crisis’ is a myth. Here are the facts. *The Washington Post*. Abgerufen am 6. Januar 2024 von <https://www.washingtonpost.com/news/monkey-cage/wp/2018/03/16/the-campus-free-speech-crisis-is-a-myth-here-are-the-facts/>
- Sand, M., & Kunz, T. (2020). *Gewichtung in der Praxis (April 2020, Version 1.0)*. GESIS – Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften (GESIS-Survey Guidelines). https://doi.org/10.15465/gesis-sg_030
- Schafer, J. L., & Graham, J. W. (2002). Missing data: Our view of the state of the art. *Psychological Methods*, 7(2), 147–177. <https://doi.org/10.1037/1082-989X.7.2.147>

- Schieritz, M., & Scholz, A.-L. (2024, 17. Mai). Pro-Palästina-Demos: Gehen die Uni-Proteste zu weit? *Zeit Online*. Abgerufen am 21. August 2024 von <https://www.zeit.de/2024/22/pro-palaestina-demos-universitaeten-gaza-proteste-israel>
- Scott-Baumann, A., & Perfect, S. (2021). *Freedom of speech in universities: Islam, Charities and Counter-terrorism*. Routledge.
- Shell Jugendstudie. (2019). *Zusammenfassung Shell Jugendstudie*. Shell.
- Statistisches Bundesamt. (2023). *Statistischer Bericht. Statistik der Studierenden. Wintersemester 2022/2023*. Erschienen am 8. August 2023. Statistisches Bundesamt. https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Bildung-Forschung-Kultur/Hochschulen/Publicationen/Downloads-Hochschulen/statistischer-bericht-studierende-hochschulen-endg-2110410237005.xlsx?__blob=publicationFile
- Statistisches Bundesamt. (2024). *Bildung und Kultur. Studierende an Hochschulen – Fächersystematik – 2022. Übersicht 1. Fächergruppen, Studienbereiche und Studienfächer*. Stand: WS 2022/2023. Statistisches Bundesamt. https://www.destatis.de/DE/Methoden/Klassifikationen/Bildung/studenten-pruefungstatistik.pdf?__blob=publicationFile
- Stevens, S., & Haidt, J. (2018a, 4. März). The skeptics are wrong Part 1: Attitudes about free speech on campus are changing. *Heterodox Academy*. Abgerufen am 23. Januar 2024 von <https://heterodoxacademy.org/blog/skeptics-are-wrong-about-campus-speech/>
- Stevens, S., & Haidt, J. (2018b, 11. März). The skeptics are wrong part 2: Speech culture on campus is changing. *Heterodox Academy*. Abgerufen am 23. Januar 2024 von <https://heterodoxacademy.org/blog/the-skeptics-are-wrong-part-2/>
- Taddicken, M. (2013). Online-Befragung. In W. Möhring & D. Schlütz (Hrsg.), *Handbuch standardisierte Erhebungsverfahren in der Kommunikationswissenschaft* (S. 201–217). Springer VS. https://doi.org/10.1007/978-3-531-18776-1_11
- Trautmüller, R. (2022). Die »Cancel Culture«-Hypothese auf dem empirischen Prüfstand. In S. Kostner (Hg.), *Wissenschaftsfreiheit: Warum dieses Grundrecht zunehmend umkämpft ist* (S. 33–54). Nomos. <https://doi.org/10.5771/9783748928058>
- Trautmüller, R. (2023). Testing the 'campus cancel culture' hypothesis, *SSRN Electronic Journal*. <https://doi.org/10.2139/ssrn.4392840>
- Trautmüller, R., & Revers, M. (2021). Meinungsfreiheit an der Universität: Unschärfen und Strohmannen (Antwort auf Lars Meier). *KZfSS Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 73, 137–146. <https://doi.org/10.1007/s11577-021-00758-8>
- Unzicker, K. (2018, 17. Juli). „Das wird man ja wohl noch sagen dürfen“ – Keine Meinungsfreiheit in Deutschland? Bertelsmann Stiftung. *Blog Vielfalt leben – Gesellschaft gestalten*. Abgerufen am 3. Januar 2024 von <https://demokratie-und-zusammenhalt.de/2018/07/17/das-wird-man-ja-wohl-noch-sagen-duerfen-keine-meinungsfreiheit-in-deutschland/>
- van Buuren, S. (2018). *Flexible imputation of missing data*. Chapman & Hall/CRC. <https://stefvanbuuren.name/fimd/>
- Villa, P.-I., Trautmüller, R., & Revers, M. (2021, 12. November). Lässt sich „Cancel Culture“ empirisch belegen? Impulse für eine pluralistische Fachdebatte. *Bundeszentrale für politische Bildung*. Abgerufen am 27. Januar 2024 von <https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/wissenschaftsfreiheit-2021/343228/laesst-sich-cancel-culture-empirisch-belegen/>
- Vogel, F. (2019). „Meinungsfreiheit“ und ihre Grenzen an der Universität. Ein Kommentar. *Navigationen – Zeitschrift für Medien- und Kulturwissenschaften*, 19(2), 33–38. <https://doi.org/10.25969/MEDIAREP/13816>
- Williams, K. D. (2007). Ostracism: The kiss of social death. *Social and Personality Psychology Compass*, 1(1), 236–247 <https://doi.org/10.1111/j.1751-9004.2007.00004.x>

- Willnat, L., Lee, W., & Detenber, B. H. (2002). Individual-level predictors of public outspokenness: A test of the spiral of silence theory in Singapore. *International Journal of Public Opinion Research*, 14(4), 391–412. <https://doi.org/10.1093/ijpor/14.4.391>
- Winterlin, F., Frischlich, L., Boberg, S., Schatto-Eckrodt, T., Reer, F., & Quandt, T. (2021). Corrective actions in the information disorder. The role of presumed media influence and hostile media perceptions for the countering of distorted user-generated content. *Political Communication*, 38(6), 773–791. <https://doi.org/10.1080/10584609.2021.1888829>
- YouGov (2018, 27. Juni). Are students really more hostile to free speech? *YouGov*. Abgerufen am 21. August 2024 von <https://yougov.com/en-gb/articles/21051-are-students-really-more-hostile-free-speech>
- ZEIT-Stiftung (2024). *Akademische Redefreiheit. Kurzbericht zu einer empirischen Studie an deutschen Hochschulen*. https://read.zeit-stiftung.com/report_akademischeredefreiheit/
- Zhou, S., & Barbaro, N. (2023). *Understanding campus expression across higher ed: Heterodox Academy's annual campus expression survey*. Heterodox Academy. <https://heterodoxacademy.org/reports/2022-campus-expression-survey-report/>